

MITTEILUNGEN

Humanistische
Union

der HUMANISTISCHEN UNION e.V.

Zeitschrift für Aufklärung und Bürgerrechte

Aus den Anfängen der HUMANISTISCHEN UNION

Die Mitbegründer der HUMANISTISCHEN UNION waren vor allem Professoren der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer, einige Juristen, Gewerkschaftler, auch Theologen und Publizisten, bald auch prominente Abgeordnete der SPD und der FDP. Eine nicht unerhebliche Gruppe waren Psychoanalytiker, unter ihnen auch Alexander Mitscherlich. Eine „kulturpolitische Korrespondenz“, die unter dem Namen *vorgänge* monatlich erschien (Vorgänger der noch heute erscheinenden Zeitschrift gleichen Namens), diente vor allem der Dokumentation einschlägiger politischer Vorkommnisse und ihrer Kommentierung und war zugleich Sprachrohr einer „Gegenöffentlichkeit“, ein damals häufig gebrauchter Ausdruck.

Man sollte aus heutiger Sicht nicht unterschätzen, daß in den fünfziger und frühen sechziger Jahren die Schicht der liberalen oder linken Intelligenz klein und ohne großen Einfluss war, daß es in allen kulturellen Bereichen noch ein ausgeprägtes Duckmäusertum gab, und die öffentliche (oder veröffentlichte) Meinung von zwei zentralen verinnerlichten Instanzen geprägt war: einem weitreichend zugestandenem Einfluss der Kirchen und einem aggressiven und unreflektierten Antikommunismus. Einen Autor wie Brecht in der Schule zu lesen, war undenkbar in einer Zeit, als der Außenminister Brentano sogar im Bundestag gegen eben diesen Brecht auf der

Fortsetzung auf Seite 66



Neben (kritischer) Besinnung auch ein Grund, etwas stolz zu sein: Die HU erreicht das „Schwabenalter“ - vgl. die Beiträge und den Hinweis auf das Programm zur Feierstunde und Delegiertenkonferenz in Berlin (Seite 79 ff.)

Empfang der HU München zu 40 Jahren HU

Auf den Tag genau 40 Jahre nach Unterzeichnung der HU-Gründungsurkunde veranstaltet die HU-München einen kleinen Empfang im Münchner Rathaus für alle Mitglfeder und an der HU Interessierten.

Die Feierstunde findet statt am 26. August 2001 um 11 Uhr in der Grüznerstube des Rathauses. Diese ist über den Innenhof des Rathauses am Marienplatz zugänglich (U-Bahn Haltestelle Marienplatz, Eingang durch das Tor neben dem Ratskeller).

Die Grußworte der Stadt München überbringt der Stadtrat Bernd Fricke (David gegen Goliath). Für die HU reden Prof. Dr. Wilhelm (Tim) Hering mit einer Begrüßung seitens des Orts- und Regionalvorstandes sowie der HU-Bundesvorsitzende Dr. Till Müller-Heidelberg mit einer Ansprache zum Jubiläum der HU. Anschließend lädt die HU München zu einem Steh-Empfang mit Imbiß.

Tobias Baur

HU im Radio

Aus Anlaß des HU-Jubiläums sendet *DeutschlandRadio* am 28. August ab 14.40 Uhr auf dem Sendeplatz „Galerie“ eine kurze Dokumentation zur HU. Neben einem Interview mit dem Bundesvorsitzenden gibt es u.a. historische Tondokumente zu hören. Wir empfehlen: Reinhören.

Nina Helm

Inhalt:

- 68 Ansprache zum Fritz-Bauer-Preis
- 70 **Pressemitteilungen**
- 72 **Diskussionsredaktion**
- 74 Viel Lärm um nichts? *Constanze Oeblrich*
- 75 Briefkästen ohne Service
- 76 **Blick nach Europa**
- 78 **Buchbesprechungen**
- 79 **Sonderteil zur Delegiertenkonferenz**
- 85 **Tagungshinweise**
- 86 Verboten ist, den Frieden zu verbieten
Aufruf und Konferenz-Programm
- 88 Milošević *Ulrich Vultejus*
- 89 Hinweis: Jubiläumsausgabe der *vorgänge*
- 91 **HU-Nachrichten**

Humanistische Union im Bundestag...

Auszug aus dem Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages, Sitzung vom 20. Juni 2001, (Fragestunde)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Ich rufe die Frage 10 des Abgeordneten Werner Siemann (CDU/CSU) auf: Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die HUMANISTISCHE UNION (HU) eine Gruppe von Personen mit dem *Fritz-Bauer-Preis* auszeichnete, die 1999 während der NATO-Luftschläge im Kosovo-Konflikt die Angehörigen der Bundeswehr in einer halbseitigen Anzeige in der *Tageszeitung „taz“* dazu aufforderten, die Einsatzbefehle zu verweigern, sich von der Truppe zu entfernen und sich gegen diesen „Krieg“ aufzulehnen, vor dem Hintergrund, dass die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, und die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecezorek-Zeul, im Beirat der HU und die Bundesministerin der Justiz, Professor Dr. Herta Däubler-Gmelin, einfaches Mitglied der HU sind und die Ministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul sowie die Ministerin Professor Dr. Herta Däubler-Gmelin sowohl der Entsendung deutscher Soldaten in das Kosovo am 16. Oktober 1998 (Plenarprotokoll 13/248) als auch der „Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo“ am 1. Juli 2001 zugestimmt und alle drei genannten Ministerinnen die so genannte Mandatsverlängerung im Bundeskabinett am 9. Mai 2001 mitgetragen haben? **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Fritz Rudolf Körper zur Verfügung. **Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:** Herr Kollege Siemann, ich beantworte Ihnen die Frage wie folgt: Die drei genannten Bundesministerinnen gehören der HUMANISTISCHEN UNION nicht in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Bundesregierung an. Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung keinen Anlass, die Aktivitäten der HUMANISTISCHEN UNION zu bewerten. **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Eine Zusatzfrage, Kollege Siemann. **Werner Siemann (CDU/CSU):** Halten Sie es für möglich, dass man gerade bei der Mitgliedschaft in solchen Vereinigungen die natürliche Person von dem Kabinettsmitglied trennen kann? **Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:** Herr Kollege Siemann, das kann man tun. Deswegen habe ich Ihnen diese Antwort gegeben. Im übrigen glaube ich, dass sich die Mitgliedschaften auf einen Zeitraum erstrecken, als die Betroffenen noch nicht daran gedacht haben, Mitglieder der Bundesregierung zu werden. **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Siemann? **Werner Siemann (CDU/CSU):** Aber die Preisverleihung ist ja erst jetzt geschehen, wo sie schon Mitglied der Bundesregierung sind. Hätten Sie es nicht für vernünftig gehalten, wenn man Einfluss darauf genommen hätte, dass ein solches Verhalten gerade nicht als auszeichnungswürdig angesehen wird? **Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:** Das ist eine Frage, die jedes Mitglied in diesem Zusammenhang selbst zu entscheiden hat. Deswegen habe ich auch die Unterscheidung vorgenommen, wie ich sie Ihnen in unserer Antwort gegeben habe. Ich glaube, das ist auch richtig und gut so. **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär Körper.

Aus den Anfängen der HUMANISTISCHEN UNION

Fortsetzung von Seite 65

Bühne wettern konnte. Und in den Schulen war es gängige Praxis, den Unterricht in der „christlichen Konfessionsschule“ mit einem Schulgebet zu beginnen.

Eine Organisation zu gründen, die nicht nur im kulturellen Bereich, sondern vor allem in den Bildungseinrichtungen eine klare Front bezog und nicht nur durch Veranstaltungen mit prominenten Rednern einen Gegenkurs propagierte, sondern auch zur Gegenwehr ermunterte und öffentliche Unterstützung versprach, die darüber hinaus mit (zunächst aussichtslosen) Musterprozessen die Diskussion anheizte, indem sie die inneren Widersprüche dieses Staatswesens aufdeckte, eine Organisation zu gründen, die versteckten Einzelkämpfern ein öffentliches Forum bot und eine Phalanx von nicht einfach zur Seite zu drängenden einflussreichen Persönlichkeiten wirkungsvoll versammelte – eine solche Organisation zu gründen, war in diesen durchaus noch finsternen Zeiten ein ermutigendes Zeichen der Auflehnung – und so ist es kein Wunder, daß in kürzester Zeit in zahlreichen Städten Ortsverbände gegründet wurden, Sammelbecken verstreuter Gleichgesinnter, die endlich die Chance sahen, eine lokale Öffentlichkeit zu konstituieren und zugleich ihre regionalen Konflikte wirksam bearbeiten zu kön-

nen. Auch an den Universitäten garte es bereits, wenn auch äußerlich alles noch „in Schlips und Kragen“ ablief und von inneruniversitären Konflikten noch wenig zu spüren war. So wurde bereits 1962 die *Humanistische Studenten-Union* (HSU) gegründet, die bald an allen wichtigen Universitäten vertreten war.

Vom Honoratiorenclub zur Bürgerrechtsbewegung

Es soll hier nicht die Geschichte der HU ausgebreitet werden, ich möchte nur auf ein paar Aspekte aufmerksam machen, wie aus dieser kulturpolitischen Vereinigung, die ihren etwas unklar hochtrabenden Namen durchaus programmatisch trug, eine Bürgerrechtsbewegung werden konnte, denn das war sie damals – zumindestens gemessen an dem, was wir heute unter Bürgerrechten verstehen – durchaus noch nicht. Es ist nicht so, daß die HU einen vollständigen Wechsel ihrer Themen vollzogen hätte, ganz im Gegenteil: erstaunlich viele Themen sind bis heute aktuell geblieben, obwohl die Akzentuierung sich doch etwas verschoben hat. Heute geht die HU nicht mehr von dem alten Aufklärungspathos aus, sondern von einer konsequenten Position der Verteidigung von Bürgerrechten als einem funda-

Fortsetzung auf Seite 67

Fortsetzung von Seite 66

mental wichtigen und unantastbaren Kernbereich in einer eher diffus pluralistischen und zunehmend global bestimmten Gesellschaft. Hoffentlich.

Manches an ihrem Erscheinungsbild hat die HU seit ihrer Gründungsphase beibehalten. Zum Beispiel das Layout, so wie es noch heute ihren Briefkopf ziert. Das ist nicht nur Tradition, sondern symbolisiert auch politische Entscheidungen, eine bestimmte Strategie. Im Briefkopf wird nicht nur eine breite Spalte in Rotdruck geführt, die die Vorstandsmitglieder auflistet, sondern sie enthält auch die Namen eines Beirates, in den immer wieder neue Mitglieder mit ihrem wichtigsten Titel aufgenommen werden. Dieser Beirat hat keine nennenswerte Funktion außer der „prominent“ zu sein – ohne dieses gewiss fragwürdige Kriterium kommt keiner hinein. Die HU glaubt bis heute, dieser „Fürsprecher mit klingendem Namen“ zu bedürfen, sie vertraut also nicht allein auf die Kraft ihrer Argumente. In der Gründungsphase freilich waren die großen Namen noch Ausweis einer intellektuellen Kraft und der Zusammengehörigkeit: ein Schutzschild nach außen und zugleich ein Bekenntnis, das einschloss, jederzeit für die gemeinsamen Ziele einzustehen. Die auf dem Briefkopf standen waren auch die, die jederzeit für die HU öffentlich eintraten, mit Vorträgen, Gutachten und Stellungnahmen zur Verfügung standen.

Bei allem politischen Engagement – und dazu gehörte auch eine Flexibilität und Schnelligkeit bei der Antwort auf die Tagesereignisse und Zeitungsmeldungen, wie sie heute kaum noch anzutreffen ist – im Grunde war die HU in ihren Anfängen vor allem ein Honoratiorenverein. Ein sehr gut vernetzter obendrein, denn fast alle kannten sich persönlich, viele verbanden lange persönliche Bekanntschaften und Freundschaften. Und die *vorgänge* waren bewusst als „kulturpolitische Korrespondenz“ gestaltet, waren also auch für die Mitglieder ein sehr aktuelles Informationsmedium.

Aber der Erfolg wurde auch sehr bald zum Problem. Denn die vielen Ortsverbände, die überall entstanden, dazu die HSU, die ebenso starken Zulauf fand, entwickelten rasch ein Eigenleben mit eigenen Vorständen, eigenen Schwerpunkten der Arbeit, eigenen Vorstellungen über wichtige Themen und so fort. Honoratioren interessieren sich häufig nicht so sehr für Organisationsfragen, sondern pflegen eher ihre informellen Kontakte, in deren Rahmen sich Sachfragen ja auch sehr effizient abstimmen lassen. Aber die neu entstehenden Strukturen der Ortsverbände waren damit nur schwer vereinbar. Gewiss, in München gab es einen Geschäftsführer der HU, der die gesamte Arbeit koordinieren sollte. Aber er agierte nicht sehr glücklich. (Und überdies gab es die Eigentümlichkeit, daß in München therapeutische Verflechtungen zwischen Psychoanalytikern, die im Vorstand saßen, und anderen HU-Verantwortlichen, die ihre Klienten waren, für einen ungunstigen Dauerstreit sorgten, von dem selbst der Vorsitzende der HU, Gerhard Szczesny, nicht verschont blieb. In anderen Ortsverbänden war man höchst befremdet über das, was davon bekannt wurde.) So war es nicht verwunderlich, daß unter den Mitgliedern der HU der Wunsch nach klareren Strukturen laut wurde, nach festgelegten Verantwortlichkeiten und Verbindlichkeiten für den Verband. In einer Mitgliederversammlung in Kassel sollte darüber beraten werden.

Showdown in Kassel

Wer im November 1967 in Kassel dabei war, wird sich nur mit einem gewissen Schaudern erinnern, denn es kam zu einer Kraftprobe unterschiedlicher politischer „Kulturen“: Um Szczesny gruppierten sich jene, die die HU als einen großen Freundeskreis verstanden, der in dieser Weise auch seine politischen Anliegen vertreten sollte – eher informell, bestenfalls mit Mitgliederversammlungen. Auf der anderen Seite waren diejenigen, die eine straff organisierte HU bevorzugten und – entsprechend den demokratischen Zielsetzungen der HU – auch die innerverbandliche Demokratie forderten, also auch ein Delegiertenwesen. Da es sich in Kassel um eine Mitgliederversammlung handelte, versuchte jede Seite möglichst viele Unterstützer mitzubringen. Natürlich musste erst einmal geprüft werden, ob sie überhaupt Mitglieder waren. Szczesnys Freunde waren klar in der Minderheit, von seinen Honoratioren waren die meisten erst gar nicht erschienen. Die anderen, vor allem der Berliner Ortsverband, wurden angeleitet von einem Organisationssoziologen, Walter Girschner, der das ganze taktische Arsenal von Großverbänden, wie etwa der SPD, studiert hatte und auch über sämtliche Geschäftsordnungstricks verfügte, wie man sie im Zusammenhang mit Parteitag kennen lernen kann. Mit allen Finessen wurde nun für die HU eine neue Satzung verabschiedet, die mit unwesentlichen Modifikationen bis heute gilt. Für Szczesny war das gewiss nicht mehr die HU, wie er sie sich vorgestellt hatte, jedoch muss man zu seiner Ehre sagen, daß er sich bereit erklärte, als Bundesvorsitzender weiterzuarbeiten, denn noch war die HUMANISTISCHE UNION in der Öffentlichkeit vor allem auch mit seinem Namen identifiziert. Doch sein Rückzug wurde in Kassel eingeleitet, und es war der großen Integrationskraft Walter Fabians zu verdanken, der ab 1969 für vier Jahre Bundesvorsitzender wurde, daß der weitere Rückzug Gerhard Szczesnys aus der HU so geräuschlos und für den Verband unschädlich verlief. Szczesnys Stärke bestand vor allem darin, Verbindungen zwischen heterogenen Persönlichkeiten herzustellen und sie zum Gespräch über große Themen zusammenzubringen. Darüber hinaus führte er seinem Freundeskreis auch vermögende Persönlichkeiten zu, die bereit waren, seine publizistischen und verlegerischen Unternehmungen zu finanzieren. Auch die HU profitierte in ihren Anfängen von diesem auf die Person Szczesnys fixierten Unterstützungssystem. Wenn man sich die Vielzahl von Themen ansieht, mit denen sich die HU seit ihrer Gründung beschäftigt hat – sie aufzählen und auch nur ihre Zielsetzungen anzugeben, würde allein einen umfangreichen chronikalen Beitrag ausmachen – zeigt sich sowohl Konstanz wie auch Veränderung. Beides hängt wesentlich mit der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik zusammen und, in der Rhythmik, mit der Themen in den Vordergrund drängen oder eine Zeit lang wieder in den Hintergrund treten, spiegelt sich auch etwas von der Erfolgsgeschichte der HU.

Das Verhältnis von Kirche und Staat spielte in den ersten Jahren eine beherrschende Rolle in vielen Bereichen der Bildungs- Justiz- und Innenpolitik. In Erwin Fischer, der mit seinem Buch „Die Trennung von Staat und Kirche“ bündig die zentralen Forderungen formuliert hatte, gewann die HU aber auch einen zähen und ausdauernden Juristen, der über Jahrzehnte und auch mit

Fortsetzung auf Seite 68

Fortsetzung von Seite 67

Erfolg versuchte, dieses Thema vor dem Bundesverfassungsgericht durchzufechten. In der Öffentlichkeit verlor dies Thema zwischendurch an Bedeutung, als Streit um Grundrechte ist es bis heute nicht gänzlich ausgestanden. Überhaupt gehört es zu den Veränderungen im Erscheinungsbild der HU, daß anfänglich das öffentliche Wortgefecht, die publizistische Auseinandersetzung einen größeren Stellenwert hatte und die HU dadurch auch stärker und wortmächtiger wahrgenommen wurde. Doch sehr bald gab es eine Verlagerung in Bereiche, die vielleicht zwar erfolgreicher bearbeitet werden konnten, sich aber der Wahrnehmung durch Presse und Medien mehr entzogen. Vor allem der Einfluss auf die Gesetzgebung durch Stellungnahmen, Alternativentwürfe, Formulierungshilfen und Gutachten. Hier ist vor allem die Reform des Strafgesetzbuches zu nennen, die Ende der sechziger Jahre begonnen wurde. Nur ein kleiner Teil davon - etwa die Abschaffung des § 175 StGB (Homosexualität) - fand auch ein größeres Echo in der Öffentlichkeit. Die Verlagerung eines Großteils der Arbeit der HU in den justizpolitischen Sektor hat bis heute angehalten: ihr für die öffentliche Wahrnehmung eher schwieriger Charakter ist bis heute für die HU ein Problem.

In den siebziger Jahren begann in der Bundesrepublik mit dem überraschenden Phänomen des Terrorismus eine verdeckte Staatskrise, die in der grotesk anmutenden Hilflosigkeit begründet lag, selbstbewusst mit den vorhandenen legitimierte Mitteln zu reagieren. Stattdessen wurde mit einer Vielzahl von „Terroristen-Gesetzen“ (neue Straftatbestände, Kontaktsperre, Verteidigereinschränkungen etc.) versucht, einen Erfolg herbeizuzwingen, was im Hinblick auf die Bewältigung des Terrorismus zum Scheitern verurteilt war, sich in den Auswirkungen auf das rechtsstaatliche System jedoch katastrophal auswirkte. (Das einschränkende Gesetze, einmal eingeführt, dann vor allem für ganz andere Zwecke missbraucht werden, ist eine in Deutschland seit der Weimarer Zeit hinreichend bekannte Erfahrung.) Hinzu kam

eine Praxis staatlichen Handelns, die ebenso hilflos wie martialisch war, ineffizient aber einschüchternd. Daß in dieser Ausnahmesituation ein internationales Russel-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD gegründet wurde, war nur eine der Folgen. Es war gewiss eine Bewährungsprobe für die HU, sich an der Arbeit dieses Tribunals allen Einwänden zum Trotz, es handle sich dabei um ein unterwandertes Propagandamanöver, zu beteiligen mit der unbefangenen Selbstgewissheit, sich von niemandem beeinflussen zu lassen und nur nach Maßgabe eigener Erkenntnisse zu urteilen. Durch diese ebenso engagierte wie neutrale Arbeit hat die HU in einer aufgeheizten Situation darüber hinaus sehr zur Versachlichung und Entschärfung der Konfliktlinien beigetragen.

Vermutlich resultiert aus dieser Zeit, den späten siebziger Jahren, auch innerhalb der HU ein deutlicheres Bewusstsein dafür, daß der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit, - von der Forderung nach Trennung von Kirche und Staat, über die Auseinandersetzung über die Notstandsgesetze, Fragen des Post- und Fernmeldegeheimnisses, des Datenschutzes, des Verfassungsschutzes und der Geheimdienste, des Radikalerlasses, der Formulierung eines Kernbereichs der Demokratie, bis hin zu Einzelfragen des Strafrechts wie etwa der Abschaffung des § 218 StGB, - in erster Linie eine Verteidigung der Bürgerrechte ist. Denn erst seit dieser Zeit tauchte der Begriff der Bürgerrechte in HU-Publikationen häufiger auf und führte schließlich zu der auch in ihrem Werbematerial häufig benutzten Formulierung, daß die HU „die älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation“ sei.

Volkmar Braunbehrens

Der Verfasser war von 1967 bis 1971 Mitglied des Bundesvorstands der HUMANISTISCHEN UNION. Der Beitrag wurde leicht gekürzt. Er erscheint ungekürzt unter dem Titel „Aus den Anfängen der HU - Persönliche Erfahrungen“ in der Ausgabe 155 der *vorgänge*. (siehe Inhaltsverzeichnis Anzeige Seite 90)

Ansprache zur Verleihung des Fritz-Bauer-Preises

Ansprache des Bundesvorsitzenden der HUMANISTISCHEN UNION Dr. Till Müller-Heidelberg zur Verleihung des Fritz-Bauer-Preises am 10. Juni 2001

(...) ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur Verleihung des Fritz-Bauer-Preises 2001 an die Erstunterzeichner der Anzeige in der *taz* vom 21. April 1999 mit dem „Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawienkrieg beteiligt sind: Verweigern Sie Ihre weitere Beteiligung an diesem Krieg (...)“.

Heute vor zwei Jahren endete der erste Krieg, den Deutschland nach über einem halben Jahrhundert der Friedensverpflichtung geführt hat: Der Kosovo-Krieg. Ebenfalls heute - vor 19 Jahren, nämlich 1982 - fand die zentrale Friedensdemonstration in Bonn statt, die größte Demonstration, die die Bundesrepublik je erlebt hatte; unter den 300.000 für den Frieden und gegen Militarisierung Demonstrierenden befanden sich neben einigen unserer heutigen Preisträger auch zahlreiche heutige Regierungsmitglieder. Wie sich doch die Zeiten ändern! Sie sehen, wir haben den heutigen Tag zur Verleihung des diesjährigen Fritz-Bauer-Preises nicht ohne Bedacht gewählt.

Der heute verliehene Preis ist benannt nach dem früheren hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der zu den Mitbegründern der ersten Bürgerrechtsorganisation in Deutschland, der HUMANISTISCHEN UNION, gehörte. Er wird verliehen an unbequeme und unerschrockene Frauen und Männer, die sich besonders für Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingesetzt haben. Wieso ist ein solcher Preis benannt nach einem Generalstaatsanwalt? Wieso wird er heute erstmals an eine Gruppe verliehen? Was haben die heutigen Preisträger mit ihren Vorgängerinnen und Vorgängern (...) gemeinsam, was preiswürdig ist? (...)

Fritz Bauer wurde 1933 wegen seiner Nazigegnerschaft aus dem Justizdienst entlassen, während die große Masse der deutschen Richterschaft mit den neuen Machthabern gut zu recht kam. Fritz Bauer fiel aus dem Rahmen. Auch als er 1961 zu den Mitgründern der HUMANISTISCHEN UNION gehörte, war dies nicht gerade typisch für einen deutschen Staatsanwalt. Ebenso wenig, als er mit Energie und gegen viele Widerstände in Frankfurt den Auschwitz-Prozeß durchsetzte - nicht um die Schuldigen zu bestrafen, sondern um einen Strafprozeß als Instrument der

Fortsetzung auf Seite 69

Fortsetzung von Seite 68

Aufklärung, der gesellschaftlichen Entwicklung zu benutzen. Deshalb verleiht die HUMANISTISCHE UNION den Fritz-Bauer-Preis an Frauen und Männer, die aus dem Rahmen fallen, die gegen den Strich bürsten, die ihrem Gewissen folgen, die sich für Gerechtigkeit und Menschlichkeit einsetzen - schlimm genug, daß dies häufig schon automatisch als aus dem Rahmen fallend gilt.

Mit überwältigender Mehrheit hat der Deutsche Bundestag den Kosovo-Krieg gebilligt. Ich will mich nicht vertieft zu diesem Krieg, zu seinen Voraussetzungen, zu seinen Folgen äußern. Das werden der Laudator Dr. Hans-Joachim Gießmann und für die Preisträger Dr. Elke Steven tun. Ich begnüge mich insoweit mit einem Zitat von Willy Wimmer, Stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung der NATO: „Noch nie haben so wenige so viele so gründlich belogen wie im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg.“ Gegen die damalige Stimmung haben unsere heuti-



Bei der Fritz-Bauer-Preisverleihung 2001: Mit-Preisträger Prof. Dr. Aris Christidis im Gespräch mit Dr. Till Müller-Heidelberg

gen Preisträger als Erstunterzeichner einen Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind, mit der Aufforderung, ihre Beteiligung an diesem Krieg zu verweigern, entworfen und in der *tageszeitung* vom 21. April 1999 veröffentlicht. Sie fühlten sich ihrem Gewissen verpflichtet. Sie hielten das Eintreten für ihre Überzeugung und für Völker- und Verfassungsrecht für wichtiger als persönliche Nachteile, die voraussehbar waren und die eingetreten sind: Anklagen und Strafverfahren. Zwar hatte auch die HUMANISTISCHE UNION seit Sommer 1998 mehrfach vor dem drohenden Militäreinsatz im Kosovo gewarnt, sich an Bundestag und Parteigremien gewandt, und auch andere Persönlichkeiten und Gruppierungen vertraten dieselbe Auffassung. Aber im Frühjahr 1999 waren es doch wenige, die öffentlich bemerkbar gegen diesen Angriffskrieg Position bezogen. Das Wort von Christian Morgenstern erwies sich wieder einmal als richtig: „Die zur Wahrheit wandern, wandern allein.“

Die Suche nach dem jeweiligen Fritz-Bauer-Preisträger ist

langwierig und schwierig, manchmal quälend. Viele Namen werden abgewogen. Aber als ich in den Weihnachtstagen des Jahres 2000 den *Rechtsprechungsreport Nr. 1* der IALANA (Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen. Für gewaltfreie Friedensgestaltung) las mit u.a. dem Urteil des Amtsgerichts Tiergarten vom 2. März 2000, mit dem unser heutiger Preisträger Dr. Christidis als einer der Erstunterzeichner freigesprochen wurde und mit der verfassungsrechtlichen Einschätzung des Kosovo-Krieges durch den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon auf der Tagung in Bad Boll, fiel es mir und den Mitgliedern des Bundesvorstandes der HUMANISTISCHEN UNION wie Schuppen von den Augen: Diese Erstunterzeichner der *taz*-Anzeige sind die würdigen Fritz-Bauer-Preisträger des Jahres 2001. Sie sind gegen die veröffentlichte allgemeine Meinung aufgestanden, sie sind ihrem Gewissen gefolgt, sie haben den Kampf um Verfassung und Völkerrecht, der wesentlicher Teil jeder Bürgerrechtsarbeit sein

muß, aufgenommen, sie haben sehenden Auges persönliche Nachteile in Kauf genommen und sich nicht bereit erklärt, sich verbiegen zu lassen. Dies ist das Gemeinsame der Fritz-Bauer-Preisträger seit über 30 Jahren. Es ist, wie die mittlerweile schon traditionelle Formulierung anlässlich der Preisverleihung lautet, „das Einstehen für den demokratischen Rechtsstaat, aber auch das Wissen, daß es nicht reicht, sich an die Formen des Rechts zu halten, sondern daß Menschlichkeit und das Streben nach Gerechtigkeit hinzukommen müssen, daß der Gesetzesvollzug nicht genügt, sondern daß man mit dem Herzen dabei sein muß. Das Gemeinsame ist das Streben, eine gerechte menschliche Gesellschaft zu schaffen.“ Die von uns geehrten 28 Erstunterzeichner des Aufrufs in der *taz* vom 21. April 1999 sind nicht die einzigen, die standhaft geblieben sind, die Nachteile für ihre Position in Kauf genommen haben. Neben ihnen gibt es Zweitunterzeichner der Anzeige, die dieselben Nachteile erleiden müssen, und darüber hinaus viele preiswürdige Personen mit gleicher Position. Wir können nicht

alle auszeichnen. Wir mußten uns für eine abgrenzbare Gruppe entscheiden, nämlich die Erstunterzeichner. Alles andere wäre willkürlich. Aber wir ehren selbstverständlich mit diesen Preisträgern stellvertretend auch alle anderen, die ebenso eingetreten sind für Friedensstaatlichkeit, für Verfassungs- und Völkerrecht - und damit für die Menschenrechte. Wenn sie - wie einer der Preisträger es formulierte in seinem Dankesbrief - diesen „Preis eher als Ansporn denn als Ehrung für eine Leistung in der Vergangenheit“ sehen, so entspricht dies durchaus unserer Intention (...)

Till Müller-Heidelberg

Die Rede von Till Müller-Heidelberg anlässlich der Verleihung des Fritz-Bauer-Preises ist hier leicht gekürzt wiedergegeben. Der vollständige Text sowie die beiden Reden des Laudators Dr. Hans-Joachim Gießmann (Stv. Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik) und die Dankrede für die Preisträger von Dr. Elke Steven (Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.) können gerne bei der Bundesgeschäftsstelle der HUMANISTISCHEN UNION angefordert werden.

Richtiges Konzept auf höchstrichterlichem Prüfstand

Pressemitteilung der HUMANISTISCHEN UNION vom 25. Juni 2001, HU zur mündlichen Verhandlung wegen „LER“ in Karlsruhe

„LER ist die sauberste Lösung einer rechtlichen Grauzone“, erklärt Dr. Till-Müller-Heidelberg. Der Bundesvorsitzende der HUMANISTISCHEN UNION (HU) wird am Dienstag (26. Juni) als Prozessbeobachter der größten deutschen Bürgerrechtsorganisation an der mündlichen Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen „LER“ teilnehmen. Vor dem höchsten deutschen Gericht in Karlsruhe steht die Regelung des Landes Brandenburg zur juristischen Überprüfung an, das den Religionsunterricht durch das Fach „LER“ (Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde) ersetzt hatte. Nach Auffassung der HUMANISTISCHEN UNION ist allein diese Regelung verfassungskonform, da das Grundgesetz die Trennung von Kirche und Staat vorschreibt.

In allen anderen Bundesländern wird diese Verfassungsbestimmung durch den Fortbestand des Religionsunterrichts

ausgehebelt. Begründet wird dieser – nach Auffassung der HU verfassungswidrige – Zustand durch Konkordate, die die Kirchen mit den Regierungen abgeschlossen haben. Sie benachteiligen indes alle Religionsgemeinschaften, die nicht in den Genuss derartiger Regelungen gelangen. Zudem leistet der Staat damit Unterstützung für einzelne Religionsgemeinschaften auf Kosten der – großenteils anders orientierten – Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Eine Berücksichtigung aller Glaubensgemeinschaften nach dem grundgesetzlich verankerten Gleichbehandlungsgrundsatz hält die HU schlicht für unmöglich. Der einzige Weg aus „diesem Dilemma“, der auch die Interessen atheistischer oder konfessionsloser Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt, ist nach Überzeugung der HU der Brandenburger „LER“-Unterricht.

Nach der mündlichen Verhandlung steht der HU-Bundesvorsitzende Till Müller-Heidelberg der Presse für Stellungnahmen und Kommentare vor Ort zur Verfügung.

Franz-Josef Hanke

Wahlkampfaufakt mit populistischem Ablenkungsmanöver

Pressemitteilung der HUMANISTISCHEN UNION vom 12. Juli 2001, HU warnt vor einer Politik mit Kriminalitätsängsten

„Einfache Rezepte und Stammtisch-Parolen dürfen nicht zur Leitlinie bundesdeutscher Politik werden“, fordert die HUMANISTISCHE UNION (HU). Deutschlands älteste Bürgerrechtsorganisation ist entsetzt über den Inhalt eines Interviews des Bundeskanzlers mit der Bild-Zeitung. Gerhard Schröders Forderung, man müsse Sexualstraftäter, die sich an Kindern vergangen haben, „weschließen – und zwar für immer“, findet Zustimmung in breiten Bevölkerungskreisen, und sie hat den ungenierten Ruf nach der Todesstrafe geradezu herausgefordert. Hierauf zielt nach Ansicht der HU das Interesse des Kanzlers und nicht auf kriminalpolitische Vernunft.

Statt sich besonnen eines Problems anzunehmen, das für die davon Betroffenen entsetzliches Leid verursacht, schürt der mächtigste Mann im Staate Emotionen und Hass auf eine unverantwortliche Weise. Darüber hinaus weckt der Kanzler mit seinen Vorschlägen Erwartungen in der Öffentlichkeit, von denen er wissen muss, dass sie sich nicht einlösen lassen.

„Abschrecken durch Strafe“ – dieses Schwert des Strafrechts ist stumpf, wie man seit langem weiß: die renommierte *New York Times* hat dies erst kürzlich wieder allen Befürwortern der Todesstrafe ins Stammbuch geschrieben. Dass die Freiheitsstrafe mit Sicherheit übervolle Gefängnisse erzeugt und kaum Rückwirkungen auf die Kriminalität hat, auch das lässt sich nirgends besser als in den USA studieren. Im Übrigen, auch ohne lebenslange Freiheitsstrafen sind die vollendeten Sexualmorde innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte von 43 auf 10 zurückgegangen, die an Kindern von 11 auf 2, nachzulesen in einer Veröffentlichung des Bundesjustizministeriums aus dem Jahre 2000.

Für ebenso unverantwortlich hält die HU die Feststellung des Kanzlers über die fehlende Therapiefähigkeit von Sexualstraftätern. Es fehlen vielmehr allerorten hinreichende Therapiemöglichkeiten in deutschen Gefängnissen, was auch der Bundeskanzler wissen sollte. Die HU weist als völlig unakzeptabel die verunglimpfende und völlig haltlose pauschale Herabsetzung der forensischen Psychiater als „Gutachterkartell“ durch den Bundeskanzler zurück. So werden Therapiechancen vertan, nicht ermöglicht.

Von einem schlicht antidemokratischen Geist ist schließlich die vorbeugende Justizschelte diktiert, zu der sich der Bundeskanzler in seinem Interview in der Bild-Zeitung hinreißen lässt. Keinem Bürger lässt man zu Recht einen Eingriff in ein laufendes Verfahren durchgehen – dem Bundeskanzler soll es gestattet sein, dies schon mal provisorisch und im Vorwege zu tun? Und das in einem Land, das erst spät und oft genug halbherzig die institutionellen Tugenden der Rechtsstaatlichkeit für sich übernommen hat!

Die HU ruft zur Zivilcourage gegen diesen respektlosen Umgang des höchsten Repräsentanten der staatlichen Exekutive mit der Unabhängigkeit der Gerichte auf. Sein Verhalten nährt den Argwohn der HU, dass es Schröder mit seinem Interview, nicht ohne Zufall gerade in der *Bild-Zeitung*, nicht um Kriminalpolitik, sondern um Wählerstimmen geht. Es ist zynisch und zerstörerisch für die Kultur und Institutionen der Politik, erlittenes oder zugefügtes Leid in den Dienst des politischen Machterhalts oder -erwerbs zu stellen. Ginge es dem Kanzler wirklich um den Schutz und das Wohl der Kinder in diesem Lande, gäbe es nach Ansicht der HU hinreichend andere Felder der politischen Betätigung und Bewährung als das des Strafrechts. Die HU teilt mit den meisten Experten die

Fortsetzung auf Seite 71

Fortsetzung von Seite 70

Überzeugung, dass die Instrumente des Strafrechts keine gesellschaftlichen Probleme lösen können.

Mit Sorge beobachtet die HU seit dem Erscheinen des *Bild-Interviews* des Kanzlers die Zunahme persönlicher Anfeindungen, denen Bürgerrechtler ausgesetzt sind, die für den freiheitlichen Rechtsstaat, die Unschuldsvermutung bis zum Beweis einer Straftat und für einen humanen Strafvollzug eintreten. Die HU mahnt Medien, Politiker und Bürgerschaft zur Besonnenheit.

„Auch wir sind entsetzt über die Grausamkeit, mit der ahnungs- und wehrlose Kinder zum Opfer brutaler Mordtaten wurden“, erklärte HU-Pressesprecher Franz-Josef

Hanke: „Um Kindern ein solches Schicksal zu ersparen, ist es nötig, mit kühlem Kopf nach den Ursachen von Gewalt gegen Kinder zu suchen. Darin manifestiert sich Solidarität und Mitgefühl mit den Opfern nachhaltiger als in kriminalpolitischen Forderungen, deren Kurzatmigkeit und Wirkungslosigkeit letztlich niemand verborgen bleibt. Ihre eigentliche Zielrichtung ist Wählerfang, der die verbreitete Politikverdrossenheit weiter stärkt. Das Thema Kindsmisbrauch eignet sich aber wegen der Opfer nicht für den Wahlkampf. Wahltaktische Diskussionen darüber zerstören zudem das Vertrauen in den Rechtsstaat.“

Franz-Josef Hanke

Freiheitsfeindliche Politik

Gemeinsame Pressemitteilung der HUMANISTISCHEN UNION, Internationalen Liga für Menschenrechte und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie vom 22. Juli 2001, Stellungnahme zum G 8 Gipfel in Genua und der EU-Konferenz in Göteborg

Am 20. Juli ist ein Teilnehmer an den Demonstrationen in Genua von der italienischen Polizei erschossen und dann von einem ihrer Panzerwagen überfahren worden. Er wurde zum Menschenopfer auf dem Altar der Sicherheit machtbazender Gerne-Großpolitiker. Die italienische Polizei ließ es damit aber noch nicht genug sein: Bei einer überfallartigen Hausdurchsuchung verwüstete sie das Büro für Soziale Gerechtigkeit in Genua.

Zum Abschluss des G8-Gipfels fragen die bundesdeutschen Bürgerrechtsorganisationen: Werden aus diesem Tod und werden aus den zahlreichen Verletzungen vieler Menschen, darunter auch PolizistInnen, seit Seattle irgendwelche menschenrechtlich angemessenen Konsequenzen gezogen? Es ginge darum, die Verfahren der europäischen und der Weltmächte transparent zu machen und nicht nur einseitige Interessen zu Wort kommen zu lassen.

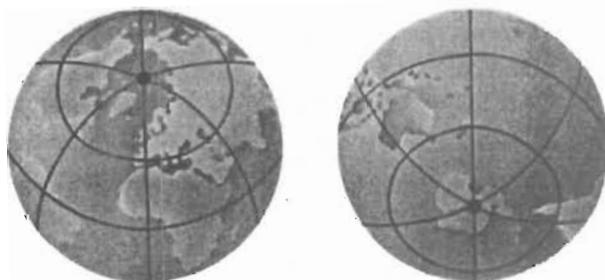
Doch statt politisch, und damit demokratisch und menschenrechtlich, verantwortlich zu reagieren, schlagen auch die bundesdeutschen Spitzenpolitiker, der Kanzler und der Innenminister an erster Stelle, nur in die Kerbe von vorurteilshafter und physischer Gewalt; sie sorgen zugleich dafür, dass zentrale Grundrechte ausgehebelt werden:

- pauschal werden die Kritiker dieser Art nur den privilegierten kapitalistischen Interessen primär dienender Globalisierung als Toren, als „Globalisierungsgegner“ verhöhnt;
- pauschal werden die Kritiker eines demokratisch menschenrechtlich strukturell defizitären Europas von vornherein als Gewalttäter diffamiert, sie werden informationell und physisch festgenommen;
- statt dafür zu sorgen, dass wenigstens innerhalb der EU-Länder, die sich gerade eine höchst unverbindliche Menschenrechtscharta verpasst haben, das Recht auf

Freizügigkeit – der Anfang aller Freiheit – und das Recht auf Demonstration samt seines entsprechenden Schutzes geschaffen und strikt gewahrt werden, reagieren die Spitzenpolitiker unverantwortlich. Sie präsentieren sich populistisch als europäische Hau-Draufs. Und sie fangen schon innerstaatlich an, von den Ländervertretern unterstützt, die Grundrechte auf Freizügigkeit und Demonstration massiv zu unterwandern.

Es geht nicht an, dass die Bundesregierung und die Länderregierungen mit ihren Polizeien neuerdings beliebig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern gegenüber eine – auch Asylsuchenden gegenüber – menschenrechtlich unmögliche Residenzpflicht praktizieren. Bürgerinnen und Bürger, die aus irgendwelchen Gründen als „missliebige“ aufgefallen sind, werden zur Polizei bestellt; sie werden am Ort festgehalten; sie dürfen nicht dorthin reisen, wo sie wollen und sich als politische Bürger grundrechtskonform verhalten. Das ist ein Skandal. Dagegen werden die bundesdeutschen Bürgerrechtsorganisationen ankämpfen.

Wäre es da nicht besser, die Spitzenpolitiker, deren Reisetätigkeit ihre auffälligste Praxis darstellt, blieben daheim und brächten ihr Haus in Ordnung? Residenzpflicht! Wäre es stattdessen nicht angemessener, Bürgerinnen und Bürger in Europa und anderwärts kämen zusammen. Nur mit mehr gelebter Demokratie werden die europäischen und die weltweiten Probleme allein und besser zu lösen sein. Transparenz und nachvollziehbare Willensbildung und Entscheidungsfindung auf europäischer und globaler Ebene stehen als Nr.1 auf der Tagesordnung.



Fortsetzung von Seite 72

für die politische Betätigung von Neonazis erlauben, also Eingriffe in die Meinungs-, Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit rechtfertigen, nicht hingegen in die Freiheitsrechte zum Schutz der Person. Freilich muss dabei klargestellt werden, dass nicht jeder „Amtswalter“ die entsprechenden Grundrechtseingriffe selbstherrlich verfügen kann – Jürgen Roth hat dieses Problem zu Recht angesprochen. Die rechtsstaatlichen Verfahrens- und Zuständigkeitsregeln müssen selbstverständlich auch für den Umgang mit Neonazis gelten, will sich der verfasste Rechtsstaat nicht selbst preisgeben. Aber soll, so bleibt zu fragen, ein Grundrecht wie die Meinungsfreiheit auch neonazistisch motivierte Verunglimpfung anders denkender oder nichtdeutscher Mitbürger und Mitbürgerinnen, rassistische Hetze usw. schützen?

Ein solches Verständnis nahezu unbegrenzter Meinungsfreiheit ist in der Tat kennzeichnend für die US-amerikanische Verfassungstradition, nicht hingegen für die Rechtsordnungen der meisten europäischen Staaten. Die Verfechter eines solchen, inhaltlich in keinsten Weise begrenzten Liberalismus müssen sich fragen lassen, ob sie nicht das zweifellos faszinierende Ideal von der sich selbst regulierenden Zivilgesellschaft schon für die Realität nehmen und dabei die fehlenden Bedingungen für einen herrschaftsfreien Diskurs schlicht nicht wahrhaben wollen.

Bekanntlich haben sowohl Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht den Antrag ge-

stellt, die Verfassungswidrigkeit der NPD festzustellen. Auch die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat diese Entscheidungen mitgetragen. Sicher weiß auch Jürgen Roth, dass ein entsprechendes Urteil empfindliche Grundrechtsbeschränkungen für Mitglieder dieser Partei bewirken würde – darüber aber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Ob das Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht politisch sinnvoll ist und eine Eindämmung des Neonazismus bewirkt, ist im übrigen (auch) in der VDJ (*Anm. d. Red.: Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen*), deren Vorsitzender ich gegenwärtig bin, lebhaft umstritten. Einig ist sich die VDJ allerdings in der Ablehnung der jüngsten, auch mit den Stimmen der GRÜNEN beschlossenen Änderung des „Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz“. Angeblich, um rechtsextremistische Straftaten besser verfolgen zu können, sind die Lauschbefugnisse der Geheimdienste erheblich ausgeweitet worden. Die treffende Kritik der HU an dieser Aushöhlung des Fernmeldegeheimnisses kann man/frau ebenfalls im letzten Heft der MITTEILUNGEN nachlesen. Mich würde brennend interessieren, was Jürgen Roth, der sich doch als wahrhafter Verteidiger der liberalen Positionen der HU gegen solche sinistren Beiratsmitglieder wie mich berufen fühlt, von dieser Gesetzesnovelle hält. Jedenfalls hoffe ich, dass er sich im Rahmen seiner Tätigkeit für die Bundestagsfraktion der GRÜNEN unermüdlich dafür einsetzt, dass im Zeichen des Kampfes gegen den Rechtsextremismus nicht elementare Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger beschnitten werden. **Martin Kutscha**

Wie erfolgreich ist die HU – und wie könnte sie noch stärker werden?

Seit geraumer Zeit sendet mir Tobias Baur die HU-MITTEILUNGEN. Sie beeindruckten sowohl von den aufgezeigten Zielen als auch von der Selbstdarstellung und der Aufmachung her. Dennoch – wie versteht es die HU, ihre Zielsetzungen an den Mann/die Frau zu bringen? Schon mit dem Namen „HUMANISTISCHE UNION“ weiß kaum jemand, der sie nicht kennt, etwas anzufangen. Es wird immer wieder betont: „Die HU ist die älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation“. Allerdings kann sie heute ganze 0,0016 % der Bevölkerung als Mitglieder verzeichnen. Nach den mir vorliegenden Zahlen verlor die HU in den vergangenen 25 Jahren gut 40 Prozent ihrer Mitglieder gegenüber ihrer „Glanzzeit“ gar rund 70 Prozent.

Die HU'ler brauchen nicht in Sack und Asche zu gehen. Sie haben beachtliches geleistet und ein Reihe von Denkanstößen geben können. Was sollte man also tun, damit sie (noch) erfolgreicher wird? Zunächst wäre eine nüchterne Kostenanalyse notwendig. Wie und wo werden Beiträge und Spenden verwendet? Wie macht man Öffentlichkeitsarbeit ohne großen finanziellen Aufwand – mit höchstmöglicher Breitenwirkung? Wie wirbt man Mitglieder, wie lassen sich Multiplikatoren gewinnen? Darüber sollte – einmal wieder – nachgedacht und diskutiert werden. Dazu böte die bevorstehende Delegiertenkonferenz im September 2001 sicherlich Gelegenheit. Ein paar Anregungen aus meiner Sicht möchte ich schon jetzt geben.

Das „alte Haus“ HU müsste von Grund auf durchgecheckt werden. Drei Maßnahmen sollten folgen:

- 1) Die Stabilisierung des Fundaments, unter anderem Mitgliederpflege in den wiederzubelebenden Ortsverbänden, wobei die noch funktionierenden Ortsverbände Schützenhilfe leisten könnten.
- 2) Auf- und Ausbau von Rundbriefen, Einladungen, Flugblättern etc., anregend und verständlich gestaltet (zu elitäre und intellektuelle Formulierungen vermeiden), kleine offene Arbeitskreise gründen. Und immer Gelegenheit zu – projektgebundenen – Spenden schaffen.
- 3) Aktivierung der passiven Mitglieder

Zudem wäre die Erstellung einer wirklich beeindruckenden Broschüre sinnvoll, die ausführlich über die HU unterrichtet sowie Hinweise auf Ansprechpartner wie Arbeitskreise, Orts- und Landesverbände enthält.

Der inhaltliche Verfall von Massenorganisationen wie den Parteien sollte kleinen, engagierten Gruppen eigentlich Tür und Tor öffnen, insbesondere da allenthalben nach Orientierung und wegweisenden Anregungen gesucht wird.

Peter Bernhardt,
Frankfurt am Main

Viel Lärm um nichts? Der BAKJ und der Grundrechte-Report

Jahr für Jahr werden Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik von den Verfassungsschutzämtern auf Landes- und Bundesebene als Verfassungsfeindinnen und -feinde diffamiert. Seit 1997 setzen der *Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen* (BAKJ), die *Gustav Heinemann-Initiative*, die HUMANISTISCHE UNION und das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* den Verfassungsschutzberichten ein bei Rowohlt erscheinendes Buchprojekt entgegen, in dem die von den staatlichen Organen begangenen Grundgesetzverstöße angeprangert werden. Dieses Jahr handelt es sich dabei unter anderem um den am Rande der EXPO Hannover verhängten Polizeigewahrsam in Käfigen, um die tödlichen Routinen im Abschiebungstag, um die rassistischen Elemente der Schleierfahndung, um die Verfassungswidrigkeit der Interventionsarmee Bundeswehr und um die Abwege des Verfassungsschutzes.

Heiße Diskussionen um den GRR

Sowohl letztes, als auch dieses Jahr sorgte der *Grundrechte-Report* (GRR) innerhalb des BAKJ für heiße Diskussionen, die letztlich dazu führten, daß der Arbeitskreis *kritischer Juristinnen und Juristen* an der Humboldt-Universität zu Berlin (AKJ Berlin) aus dem BAKJ austrat – nicht ohne krasse Vorwürfe zu erheben. Unter anderem hieß es, die Redaktion der vom BAKJ herausgegebenen Zeitschrift *Forum Recht* habe linke Beiträge zensiert. Hinsichtlich der Arbeit am GRR hätten die vom BAKJ entsandten Mitglieder der GRR-Redaktion außerdem „Lügen und Halbwahrheiten“ verbreitet. In diesem Beitrag soll zum einen der Streit um den GRR dargestellt, zum anderen aber auch die vom AKJ Berlin erhobenen Vorwürfe entkräftet werden.

Der BAKJ

Der BAKJ ist ein Zusammenschluß von etwa zwei Dutzend Arbeitskreisen, Basisgruppen und Fachschaftsinitiativen. Er setzt sich für eine Ausbildung ein, die Theorie und Praxis vernetzt, die sozialen Bezüge des Rechts herausstellt und die eine kritische Reflexion der Rechtswissenschaft fördert. Das Meinungsspektrum innerhalb des BAKJ reicht von der Überzeugung, daß die Menschenrechte, wie dies schon Karl Marx kritisiert hat, lediglich dem Eigentumsschutz dienen, daß dem sich auf sie stützenden bürgerlichen Staat mithin jegliche Legitimationsgrundlage fehle, bis hin zu der an eben diesen Staat gerichteten Forderung nach der konsequenten Umsetzung der Menschenrechte.

Der Streit um den GRR 2000

Die Reibungsflächen innerhalb dieses Meinungsspektrums sind natürlich groß, was sich an der Debatte gezeigt hat, die um das Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) vom 11. Januar 2000 zum generellen Ausschluß von Frauen aus der Bundeswehr entflammte. Nach der alten Fassung des Art. 12 Abs. 4 S. 2 GG durften Frauen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten. Dies verstoße jedoch, so der EuGH, gegen die europäische Gleichstellungsrichtlinie (76/201/EWG).

Die *Forum-Recht*-Redakteurin Katharina Ahrendts hat dieses Urteil in ihrem „Recht-Kurz“-Beitrag für *Forum Recht* 02/00 (siehe Seite 66) und in ihrem Artikel für den *Grundrechte-*

Report 2000 (siehe Seite 68) ausdrücklich begrüßt. Der EuGH habe eine der letzten frauendiskriminierenden Berufszugangsbeschränkungen in Deutschland beseitigt. Eines sei allerdings sicher: Durch die Aufnahme von Frauen werde die Bundeswehr kein Stückchen besser, sie werde ihren Charakter als hierarchische, zum Zweck des Tötens von Menschen eingerichtete Zwangsinstitution nicht verlieren. Wolle man Frauen aber nicht instrumentalisieren, so Katharina Ahrendts weiter, schränke diese Tatsache ihren Anspruch auf Gleichbehandlung nicht ein: „Geschlechtergleichheit ist nicht rechtfertigungsbedürftig und gilt auch dort, wo sie Frauen die Möglichkeit einräumt, sich in einer Institution von fragwürdiger Existenzberechtigung zu engagieren.“

Dies nahmen mehrere Mitglieder unter anderem des AKJ Berlin zum Anlaß, um auf der Präsentationsveranstaltung für den *Grundrechte-Report 2000* eine Protestschrift zu verlesen, die darauf hinwies, daß der Artikel von Katharina Ahrendts dem Ziel, Grundrechte zu schützen, entgegenstehe, indem er die Existenz von Armeen akzeptiere und die Einbindung von Menschen in militärische Strukturen zum Grundrecht erkläre. Die Unterdrückung von Frauen werde dazu mißbraucht, Soldat oder Soldatin zu sein als „normalen Beruf“ darzustellen, welcher einer „Gleichstellung“ nicht verschlossen sein dürfe. Damit bediene sich die Autorin „militaristischer Argumentationsmuster“.

Diese Protestschrift reichte Greco Koukoulas bei der *Forum-Recht*-Redaktion ein, mit der Bitte, sie in Heft 02/00 zu veröffentlichen. Der Redaktionsschluß für Heft 02/00 war jedoch zu diesem Zeitpunkt längst verstrichen. Auch die Redaktionssitzung für Heft 02/00 war bereits gelaufen. Zwar gibt es bei *Forum Recht* einige Rubriken, deren Inhalt erst kurz vor Layoutschluß feststeht und in denen der Text wahrscheinlich noch hätte unterkommen können. Der von der Redaktion gewählte und zwischen den Redaktionssitzungen entscheidungsbefugte *Forum-Recht*-Vereinsvorstand lehnte den Beitrag jedoch auch inhaltlich ab, weil er Katharina Ahrendts als Militaristin diffamiere. Dies brachte der *Forum-Recht*-Redaktion den Vorwurf der Zensur ein.

Der Streit um den GRR 2001

Auch dieses Jahr verlief die Arbeit am GRR nicht gerade harmonisch. Gegen die Stimmen der BAKJ-Mitglieder hatte sich die GRR-Redaktion auf ihrer Sitzung vom 27. September 2000 mehrheitlich dazu entschlossen, Rita Süßmuth um die Präsentation der diesjährigen Ausgabe des „alternativen Verfassungsschutzberichts“ zu bitten. Im Falle einer Absage sollte Claudia Roth, damals noch Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, angefragt werden.

Das führte innerhalb des BAKJ zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Situation spitzte sich zu, als das Komitee für Grundrechte und Demokratie erklärte, es sei von Anfang an gegen eine Präsentation des GRR durch Rita Süßmuth gewesen. Daraufhin behaupteten Mitglieder des AKJ Berlin, daß die vom BAKJ entsandten Mitglieder der GRR-Redaktion entgegen deren Angaben für Rita Süßmuth gestimmt hätten, denn ansonsten hätte Süßmuth ja gemeinsam mit dem Komitee „verhindert“ werden können. Das *Komitee für*

Fortsetzung auf Seite 75

Fortsetzung von Seite 74

Grundrechte und Demokratie war auf der entscheidenden GRR-Redaktionssitzung jedoch nicht vertreten. Die Vorwürfe des AKJ Berlin erwiesen sich damit als haltlos.

Auf der dann folgenden GRR-Redaktionssitzung war die Anfrage an Rita Süßmuth bereits erfolgt. Durchsetzen ließ sich zu diesem Zeitpunkt nur noch die zusätzliche Einladung von Claudia Roth, die jedoch gerade eben Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen geworden war.

Trotz ihrer Vorbehalte gegenüber Rita Süßmuth, die als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl und der Aufhebung der Unverletzlichkeit der Wohnung beteiligt war, und gegenüber Claudia Roth, die als Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen für die vielen vom GRR gerügten Verfassungsverstöße der rot-grünen Regierungskoalition politisch mitverantwortlich ist, sah die überwiegende Mehrheit der AKJ-Gruppen, die am 28. und 29. April 2001 auf den BAKJ-Kongress nach Hamburg gekommen waren, darin keinen Grund für die Beendigung der Mitarbeit im GRR. Zu wichtig erschien ihnen dieses Buchprojekt, das dem Engagement des BAKJ und seinen rechtspolitischen Zielen eine nicht zu unterschätzende Außenwirkung verleiht.

Briefkästen ohne Service

„Wir werden jeden Tag besser“, so lautete vor Jahren der Werbespruch einer Anzeigenserie der Deutschen Post AG in Zeitungen und Zeitschriften. Der „Normalkunde“ der Post merkt es. Postfilialen wurden und werden geschlossen. Die Briefkästen wurden immer früher geleert und der Postbote kommt dafür später. In Postfilialen liegen keine Telefonbücher mehr aus und das Postleitzahlenbuch soll auch nicht mehr nachgedruckt werden.

Nun geht es den Briefkästen an den Kragen – genauer gesagt, dem Leerungsanzeiger an den Briefkästen. Neben den Leerungszeiten – meistens ist es nur noch eine pro Tag – war dort bisher der Hinweis „Nächste Leerung...“ angebracht. Für die Kunden war das ein sehr nützlicher Hinweis. Kam man z.B. an einem Dienstag „auf den letzten Drücker“ zum Briefkasten gelaufen, dann signalisierte der Hinweis „Nächste Leerung Dienstag“, daß der Briefkasten noch nicht geleert war. Der Hinweis „Nächste Leerung Mittwoch“ besagte, daß man zu einem Briefkasten mit Spätleerung fahren mußte, wenn ein wichtiger Brief noch am Dienstag abgehen sollte.

Der Briefkastenleerer benötigte für das Umstellen des sogenannten Drehkranzes nur einen Handgriff von wenigen Sekunden. Für die Deutsche Post AG ist das zu viel Kundendienst – sie schafft den Drehkranz kurzerhand ab.

Die sonst so PR-freudige Deutsche Post AG ging dabei ganz konspirativ vor. Weder zentral noch regional wurden die Medien von dem bevorstehenden Service-Abbau informiert. Dafür sorgte nun die kleine Bürgerinitiative Hannover-Waldheim, bei der sich HU-Mitglied Gerhard Saborowski um die Öffentlichkeitsarbeit kümmert. (Siehe u.a. *Süddeutsche Zeitung* vom 20. Juni 2001 und *Frankfurter Rundschau* vom 30. Juni 2001)

Nachdem die Service-Verschlechterung nicht mehr geheim zu halten war, verbreiten die Pressestellen der Deutschen

Claudia Roth sagte ihre zunächst zugesagte Teilnahme an der Präsentation des GRR aus terminlichen Gründen kurzfristig wieder ab. Kurz danach erhielt sie ein E-Mail des AKJ Berlin, in dem ihr bescheinigt wurde, daß sie „nach der BAKJ-Beschlußlage“ für den AKJ Berlin bei der Vorstellung des GRR „untragbar“ sei. Sie wurde daher darum gebeten, „von der Präsentation des *Grundrechte-Reports* Abstand zu nehmen“. Rita Süßmuth erhielt per Fax ein ähnlich lautendes Schreiben und nahm dies zum Anlaß, ihrerseits abzusagen. Daß Claudia Roth und Rita Süßmuth „nach der BAKJ-Beschlußlage bei der Vorstellung des *Grundrechte-Reports* untragbar“ seien, sah die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich in der dann über den BAKJ-Verteiler laufenden Debatte beteiligten, anders, war doch in Hamburg gerade der Beschluß gefällt worden, trotz allem an dem Buchprojekt festzuhalten. Das Verhalten des AKJ Berlin wurde daher überwiegend verurteilt. Vereinzelt wurde er sogar dazu aufgefordert, aus dem BAKJ auszutreten, was er dann schließlich auch tat. An sich ist es bedauerlich, daß der AKJ Berlin aus dem BAKJ ausgetreten ist, denn so ging dem BAKJ ein Stück seiner Pluralität verloren. Doch längst nicht alles.

Constanze Oehlich

Post AG inzwischen die vorgegebene „Sprachregelung“. Die Drehkreuzeinrichtung sei infolge von Witterungseinflüssen sehr störungsanfällig gewesen. Gerhard Saborowski hat beim Museum für Post und Kommunikation in Berlin angefragt, seit wann es in Deutschland die Anzeige „Nächste Leerung...“ an den Briefkästen gibt. Antwort: Etwa seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die „Nächste Leerung“ hat also das Kaiserreich, die Weimarer Republik und die Nazizeit überdauert, die Nachkriegszeit und 52 Jahre Bundesrepublik. Im Jahre 2001 kapituliert nun das angehende Weltunternehmen „Deutsche Post World Net“ vor den Unbilden der Witterung. Vielleicht sollte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG, Dr. Klaus Zumwinkel, einmal das Postmuseum in Berlin besuchen. Möglicherweise findet er dort Anregungen, wie die Deutsche Reichspost und die Deutsche Bundespost das Witterungsproblem gelöst hatten. **Gerhard Saborowski ist weiterhin an Zeitungsanschnitten über örtliche oder regionale Postvorgänge interessiert. Anschrift: Gerhard Saborowski, Graefenhainweg 18, 30519 Hannover.**

Tobias Baur

Anzeige:

„Die einzige Zeitung, die ich von der ersten bis zur letzten Seite lese.“

Dr. Heinrich Hannover, Bremen

„Exellent gemacht.“

Dr. Thomas Kuczynski, Berlin

Zweiwochenschrift „Ossietsyky“

Jahresabo DM 100,- (Ausland DM 160,-)

Halbjahresabo DM 55,-

Bestelladresse: **Verlag Ossietsyky GmbH**
Vodere Schöneporth 21, 30167 Hannover

Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlich qualifizierter Politik

Die Europa-Arbeitsgruppe, die aus dem frühjährlichen Bürgerrechtsgespräch zwischen dem *Komitee für Grundrechte und Demokratie*, der *Internationalen Liga für Menschenrechte/Deutsche Sektion* und der *HUMANISTISCHEN UNION* (Bundesvorstand) Ende März 2001 hervorgegangen ist, traf sich zum ersten Mal am Freitag, 20. Juli 2001 im Berliner *Haus der Demokratie und Menschenrechte*. Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, der die Federführung für diese AG übernommen hatte, lud zu einem Europa-Perspektiv-Gespräch ein. Es sollte in der Hauptsache der Erarbeitung von Zielsetzungen für die gemeinsame Arbeit dienen, zunächst aber auch der Vorbereitung einer Tagung in der *Evangelischen Akademie Arnoldsbain / Taunus* in Arnoldsbain vom 21. bis 23. September 2001. Die Arbeitsgruppe 2 wird sich dort mit Fragen nach einem demokratisch verfaßten Europa beschäftigen. Das vorläufige Programm lesen Sie bitte im Folgenden, rege Teilnahme seitens der *HUMANISTISCHEN UNION* ist ausdrücklich erwünscht.

Tagungsprogramm

Tagung des
Komitee für Grundrechte und Demokratie
in Kooperation mit der
Evangelischen Akademie Arnoldsbain / Taunus

Auf der Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlich qualifizierter Politik

Datum:

21. bis 23. September 2001

Ort:

Evangelischen Akademie Arnoldsbain,
Martin-Niemöller-Haus
Im Eichwaldsfeld 3,
61389 Schmittent/Taunus

Programm Freitag, 21. September 2001

bis 15.30 Uhr
Anreise und Kaffee

16.00 Uhr

Eröffnungsreferat 1:
„Die globale Verwahrlosung des globalen
Kapitalismus heute“ (N.N.)

20.00 Uhr

Eröffnungsreferat 2:
„Warum und inwiefern und mit welchen Konsequenzen
lokale Politik global die einzige menschenrechtlich-
demokratische Option darstellt“ (Roland Roth);

anschließend Diskussion
(Leitung: Wolf-Dieter Narr)

Eine ebenfalls neue Europa-Initiative wird vom Europahaus Burgenland/Österreich ausgehen. Dort werden sich Bürgerrechtsorganisationen aus verschiedenen Ländern der EU unter der Federführung von Hans Göttel im Rahmen einer Neugründung um die früher von den *Inter Citizens' Conferences* (ICC) wahrgenommenen europäischen Fragestellungen bemühen, aber mit präziserer Zielsetzung und gestrafter Arbeitsweise. Die erste Zusammenkunft soll im Oktober 2001 in Eisenstadt/Österreich stattfinden.

Nachtrag:

Was in Göteborg und jetzt in Genua passiert ist, zeigt überdeutlich, wie dringlich die intensive Weiterarbeit an der demokratischen Verfaßtheit Europas ist – auch nach der Verabschiedung der *EU-Grundrechte-Charta* im Dezember letzten Jahres in Nizza.

Gisela Goymann

Programm Samstag, 22. September 2001

Tag der Arbeitsgruppen mit Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

Arbeitsgruppe 1: „Zur Verfassung lokaler Politik an ausgewählten Beispielen“ Wege zu einem aufgeklärten, verantwortlichen Kommunalismus. Wie lassen sich intermediäre und globale Koordinationsinstanzen vorstellen, wie hängen sie mit den lokal-regionalen zusammen? Beispiele progressiver Lösungsansätze und deren Verallgemeinerungschancen? (Moderation/Einführung: Roland Roth)

Arbeitsgruppe 2: „Für ein demokratisch verfaßtes Europa“ Das demokratisch-menschenrechtlich intendierte Verfassungsprojekt und die europäische Realität im Hinblick auf die anstehende EU-Erweiterung. Wie könnten Schritte in Richtung auf ein demokratisch verfaßtes, subsidiär kommunal getragenes Europa aussehen? (Moderation: Wolf-Dieter Narr; Beiträge: Internationale Liga, HU, GHI)

Arbeitsgruppe 3: „Für eine kommunal gegründete kosmopolitische Verfassung“ (Moderation/Einführung: Volker Böge, Andreas Buro) Von Seattle bis Genua regt sich ein neuer Widerstand gegen die „Globalisierung von oben“ durch transnationale Konzerne, multilaterale Wirtschaftsorganisationen und die dominierenden Regierungen der OECD. Dagegen stehen Ansprüche auf eine „Globalisierung von unten“. Enthalten die aktuellen Konflikte Visionen einer „globalen Politik“, die den weltweiten sozialen und ökologischen Herausforderungen ein angemessenes Forum bieten könnte? Böge ein – eventuell reformiertes – UN-System: einen Rahmen hierfür?

Informationswünsche und Anmeldungen sind zu richten an:
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Aquinost. 7-11, 50670 Köln
Phone: 02 21 -9 72 69 30; Fax: 02 21 -9 72 69 31
E-mail: Grundrechtekomitee@online.de

Das Gesicht der Volksabstimmung

Die HUMANISTISCHE UNION unterstützt den von *Mehr Demokratie e.V.* initiierten Vorstoß zu bundesweiten Volksinitiativen, Volksbegehren bis hin zu einem verbindlichen Volksentscheid seit einem entsprechenden Beschluss der HU-Delegiertenkonferenz 1997. Derzeit läuft hierzu die Initiative „*Menschen für Volksabstimmung*“. Mit der Unterschriften- und Fotoaktion streitet ein breites Bündnis von inzwischen über 70 Verbänden – darunter auch die HU – für die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene und für faire Spielregeln beim Volksentscheid.

Unsere Demokratie bedarf dringend einer Auffrischung. Viele Bürger sind frustriert, weil „die da oben ja doch machen, was sie wollen“. Immer neue Hiobsbotschaften wie der Spendenkandal oder die BSE-Krise erschüttern das Vertrauen in die Parteien. Das soll sich ändern. Immerhin haben SPD und Bündnis 90 / Die Grünen die Einführung des bundesweiten Volksentscheids im Koalitionsvertrag vorgesehen. Auch die FDP und die PDS sind dafür. Die CDU/CSU zögert allerdings nach wie vor. Fazit: Die Chancen für den Volksentscheid waren noch nie so gut wie heute.

Noch in diesem Jahr will die Koalition einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringen. Auf Seiten der Bündnisgrünen ist Gerald Häfner, MdB (Vorstandsmitglied von *Mehr Demokratie* und HU-Mitglied) beauftragt worden, ein gemeinsames Eckpunktepapier mit der SPD auszuarbeiten. Sollte die Koalition tatsächlich einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringen, wäre dies wohl das erste Mal seit 1949, dass die Volksgesetzgebung im Bundestag eine Mehrheit finden würde. Die direkte Demokratie ist kein Allheilmittel. Aber sie ist ein notwendiges Instrument auf dem Weg zu einer „weniger unvollendeten Demokratie“:

- Die Menschen wollen mitbestimmen. In den Ländern und Gemeinden greifen sie immer häufiger zu Volksbegehren. Über 70 Prozent wollen laut Umfragen auch im Bund direkt entscheiden.
- Volksabstimmungen sind Gaspedal und Bremse zugleich. Sie beleben den politischen Wettbewerb mit neuen Ideen und stoppen Politiker, die sich allzu weit von den Interessen der Bürger entfernen.
- Die direkte Demokratie wirkt der mangelnden Selbstkontrolle der Parteien (Stichwort: Spendenkandal) entgegen. In den US-Bundesstaaten sind faire politische Spielregeln eines der wichtigsten Themen von Volksbegehren.

Die Initiative „*Menschen für Volksabstimmung*“ will beispielhaft zeigen, wie die direkte Demokratie im Bund funktionieren kann. Die Initiative, für die Mehr Demokratie 100.000 Unterschriften sammeln will, entspricht dem ersten Schritt eines dreistufigen Modells der Volksgesetzgebung aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Die Bürger können nicht nur unterschreiben, sondern sich auch fotografieren lassen. Tausende von Fotos der „*Menschen für Volksabstimmung*“ werden von Aktionsbussen zu regionalen Wanderzügen zusammengeführt, die am Ende vor dem Berliner Bundestag in einer Ausstellung münden werden. Die erste virtuelle Demonstration in Deutschland!

„*Menschen für Volksabstimmung*“ fordert die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid ins Grundgesetz. Dabei ist wichtig: Wir fordern faire Spielregeln für die Bürger. Zu hohe Hürden und Themenverbote haben die direkte Demokratie schon in vielen Bundesländern ins Leere laufen lassen. Das darf sich im Bund nicht wiederholen. Mehr Demokratie hat deshalb einen Gesetzesentwurf mit fairen Regeln vorgelegt, der ein dreistufiges Modell vorsieht:

- Mit 100.000 Unterschriften kann eine Volksinitiative den Bundestag mit einer Frage befassen.
- Lehnt der Bundestag ab, kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dafür sind mindestens eine Million Unterschriften erforderlich.
- Ist das Volksbegehren erfolgreich, kommt es zum Volksentscheid. Wie bei Wahlen entscheidet hier die Mehrheit der Abstimmenden. Zusätzliche Beteiligungsklauseln sehen wir nicht vor, weil sie zu Diskussionsverweigerung und Abstimmungsboykott führen. So werden gültige Abstimmungen nahezu unmöglich.
- Alle politischen Themen sollen von den Bürgern entschieden werden können, wenn sie es verlangen. Volksentscheide sind aber genauso wie Parlamentsentscheide an die Verfassung und die Grundrechte gebunden.

Weitere Informationen zur Initiative bekommen Sie im Internet unter: www.volksabstimmung.org oder bei *Mehr Demokratie e.V.* im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030-420 823 70 sowie per E-Mail: info@mehr-demokratie.de. Hier sind auch weitere Materialien, der Gesetzesentwurf von *Mehr Demokratie* und, vor allem, die erforderlichen Unterschriftenlisten bestellbar.

Tobias Baur

Neuer HU-Arbeitskreis „Demokratisches Internet“

Das Wörtchen „Globalisierung“ befindet sich zwar heutzutage in aller Munde, doch was dies genau bedeutet, ist immer noch nicht geklärt. Sichtbar globalisiert ist zumindest das Internet, erlaubt es doch einen weltweiten Datenaustausch innerhalb von Sekunden.

Seine rasante Entwicklung hat Auswirkungen auf viele Lebensbereiche im Alltag. Auch bürgerrechtliche Fragen sind damit verknüpft: Schafft das Internet mehr Information, mehr Transparenz und mehr Demokratie oder ermöglicht es mehr Überwachung und Kontrolle? Wie steht es um den Datenschutz im www? Wer erhält Zugang zum Internet und kann dort Informationen abrufen oder hinterlegen?

Bevor wir uns um solche Fragen Gedanken machen können, sollte zunächst unsere eigene Homepage auf den aktuellen Sachstand gebracht werden. Die weiteren Diskussionen können dann anfänglich per e-Mail geführt werden. Dabei soll über Arbeitsweise und Terminkoordination des „Arbeitskreis Demokratisches Internet“ (AKDI) diskutiert werden.

Ein Treffen der HU-homepage-Interessierten findet im Anschluß an die diesjährige Delegiertenkonferenz am Sonntag, 16. Sept. ab ca. 13 Uhr in der HU-Bundesgeschäftsstelle statt. Übrigens: Der Arbeitskreis steht Allen, die das Internet aus bürgerrechtlicher Sicht debattieren möchten, offen und sie sind herzlich willkommen.

Franz-Josef Hanke

Jasager Neinsager Ansager

Diese dokumentarische Aufführung über den 20. Juli, den Remer-Prozess und das Fernsehen der Fünfziger Jahre ist sicherlich von besonderem Interesse für HU-Mitglieder, auch wenn nur wenige selbst eine der Aufführungen in Braunschweig betrachten werden können. Dargestellt werden historische Zusammenhänge um die Person des 1968 verstorbenen HU-Mitbegründers Dr. Fritz Bauer. In der Aufführung mit dem Titel „Jasager Neinsager Ansager“ wird der berühmte Prozess gegen den ehemaligen Generalmajor Otto Ernst Remer teilweise rekonstruiert und in den politischen und kulturellen Zusammenhang der Jahre 1950-1952 gestellt. Das Stück ist konzipiert für 7 Sprecherinnen und Sprecher.

Die Aufführung beginnt mit einem Einblick in die öffentlichen Versammlungen der Sozialistischen Reichspartei (SRP), auf denen Remer die Widerstandskämpfer des 20. Juli als Landesverräter verunglimpfte, „die vom Ausland bezahlt wurden“. Es folgen wesentliche Teile der Gerichtsverhandlung: die Gutachten von Prof. Iwand, Prof. Angermair und des ehemaligen Kriegstagebuchschreibers Percy Schramm; die wichtigsten Abschnitte der Plädoyers von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und des Remer-Verteidigers Wehage; das Urteil. Als Textmaterial verwendet werden ferner mehrere Aufsätze von Fritz Bauer über das Widerstandsrecht und zahlreiche Briefe verschiedenster

Herkunft, die während des Prozesses im März 1952 an das Oberlandesgericht Braunschweig geschrieben wurden.

Ergänzt wird die Aufführung durch Texte über das deutsche Fernsehen der Fünfziger Jahre, hat dieses Medium doch in starkem Maße einen Neuanfang symbolisiert und Zukunftshoffnungen in die Wohnzimmer gebracht, aber gleichzeitig dazu beigetragen, die NS-Zeit zu verharmlosen und NS-Mitläufer mit wichtigen Aufträgen zu versehen. Dies wird an zwei Beispielen verdeutlicht: am ersten deutschen Original-Fernsehspiel „Es war der Wind“ und an einem Programmbeitrag des nationalsozialistischen Lieder- und Filmkomponisten Norbert Schultze. Einen ergänzenden Eindruck vom Leben der Bevölkerung und von der Politik des Kalten Krieges vermitteln zahlreiche Filme aus bisher unveröffentlichten Archivbeständen und aus Kinowochenschauen.

Premiere: 30. Oktober 2001, 19.30 Uhr,
Braunschweig-Kolleg, Wolfenbütteler Straße 57,
Braunschweig. Weitere Aufführungen im November und
Dezember 2001. Auskünfte und Kartenreservierung per
Telefon und Fax 05 31-79 83 98 via Theater Zeitraum,
Viewegstrasse 34, 38102 Braunschweig.

Gilbert Holzgang,
Theater Zeitraum

Buchbesprechungen

Handbuch der Menschenrechtsarbeit

Erstmals wird an dieser Stelle ein Buch besprochen, das gar nicht in Buchform erhältlich ist: Das *Handbuch der Menschenrechtsarbeit* wurde gemeinsam vom *Forum Menschenrechte*, einer Netzwerk-Organisation von vierzig Menschen- und Bürgerrechtsverbänden (darunter auch die HU) sowie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* erstellt. Die elektronische Buch-Ausgabe ist eine Neuauflage des vor einiger Zeit in Papierform erschienenen Handbuchs und ist infolge der zahlreichen Änderungen auf diesem wichtigen Politikfeld notwendig geworden. Enthalten sind Hinweise zu allen wesentlichen Aufgabenbereichen der Menschenrechtsarbeit, den unterschiedlichen Institutionen und Rechtsquellen - auch überstaatliche - sowie die Kontaktadressen der wesentlichen international und national tätigen Institutionen, Regierungsstellen und Menschenrechtsorganisationen sowie deren Arbeitsschwerpunkten. Gesondert aufgeführt sind die Arbeitsprofile der Mitgliedsorganisationen im *Forum Menschenrechte*.

Die Vorteile dieser Erscheinungsweise überwiegen den Nachteil, dass dieses Werk für eine hergebrachte Lektüre zunächst ausgedruckt werden müsste. Für die professionelle Arbeit von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen ist diese Vorgehensweise aber kaum erforderlich, denn auch in einem „Online-Buch“ lässt es sich blättern, auch können die Hinweise zu gesuchten Organisationen und wichtigen Themenfeldern der aktuellen Menschenrechts-

arbeit mit einer Suchmaschine zielsicher ausgewählt werden. „Links“ als elektronische Verbindungen lassen überdies sofortige Internet-Kontakte zu den aufgeführten Organisationen zu, auch können beliebige Texte übernommen und etwa an Interessierte weitergeleitet werden.

Der größte Vorteil ist die Aktualität des Handbuchs. Dieses komplette Vademekum der Menschenrechtsarbeit wird laufend aktualisiert, was wegen der ständigen Änderungen von Ansprechpartnern und Kontaktadressen in kurzen Zeiträumen erforderlich ist. Die elektronische Ausgabe ist kostenlos abrufbar - eine teure Anschaffung in kurzen Zeitintervallen ist nicht erforderlich. Deshalb wird auch eine Publikation dieses Werkes auf den Internet-Seiten der HUMANISTISCHEN UNION geplant.

Menschen ohne Zugang zum Internet können einen Ausdruck des Handbuchs bestellen über die *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn.

Wer mag, kann das derzeit etwa 200 Seiten umfassende Werk selbst ausdrucken: Die momentane Fundstelle befindet sich auf den Internet-Seiten der Friedrich-Ebert-Stiftung: http://ora.fes.de:8081/fes/docs/INFOONLINE/MH-TITEL_2.HTML

Tobias Baur

2001
17. Ordentliche Delegiertenkonferenz
der HUMANISTISCHEN UNION
in Berlin



1. Tagesordnung
2. Delegierte
3. Anträge
 - Satzungsanträge
 - Inhaltliche Anträge

Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union 2001

Die 17. Ordentliche Delegiertenkonferenz der HU findet vom 15. bis 16. September 2001 in Berlin statt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, teilzunehmen: Unterlagen einfach in der Geschäftsstelle anfordern!

Das DK-Wochenende beginnt am **Freitag, den 14. September, 19.00 Uhr** mit einer Festveranstaltung im Senatssaal der *Humboldt-Universität zu Berlin*, Unter den Linden 6, 10117 Berlin. Der Tagungsort für **Samstag und Sonntag, den 15. und 16. September** ist der *Robert-Havemann-Saal* im *Haus der Demokratie und Menschenrechte*, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, ca. 700 m. vom Alexanderplatz. Verkehrsanschlüsse: Tram 2, 3, 4 ab Alexanderplatz bis Station „Am Friedrichshain“ oder Bus, z.B. Linie 200 bis Station „Am Märchenbrunnen“.

Freitag, 14. September, 19.00 Uhr

Festveranstaltung „40 Jahre HUMANISTISCHE UNION“:

- Musikalische Einleitung: aus „Der Hochzeit des Figaro“ W.A. Mozart
- Begrüßung: Wolfgang Wieland, Bürgermeister und Justizsenator
- Ansprache: Dr. Till Müller-Heidelberg, HU-Bundvorsitzender
- Vortrag: Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts
- Vortrag: Leo Derrik, HU-Geschäftsführung 1968 - 1974
- Podiumsgespräch: zwischen HU-Mitgliedern des Gründungsjahrs und einem Neumitglied (Klaus Scheunemann, Klaus Waterstradt, Hans-Joachim Koch sowie Constanze Oehlich)
- Stehempfang: Buffet im Foyer vor dem Senatssaal

Samstag, 15. September, 10.00 Uhr

Delegiertenkonferenz 2001 der HUMANISTISCHEN UNION

Eröffnung und Begrüßung

1. Wahl der Tagungsleitung und Protokollführung
2. Wahl der Antragskommission
3. Verabschiedung der Geschäftsordnung und Tagesordnung
4. Bericht des Vorsitzenden
5. Bericht der Geschäftsführung
6. Bericht der Arbeitskreise
7. Bericht der Revisoren
8. Diskussion
9. (ca. 15 Uhr) Referat: „*Bioethik und Bürgerrechte*“, von Dr. Michael Wunder, Hamburg
Dipl.-Psych., Psychotherapeut, Leiter des Zentrums für Beratung, Diagnostik und Psychotherapie der Evangelischen Stiftung Alsterdorf. Veröff. u.a. zu: Medizin im Nationalsozialismus, Behindertenhilfe, Gesundheitspolitik, Biomedizin und Bioethik. Anschließend Gelegenheit zur Diskussion
10. Mandatsprüfung
11. Entlastung des Vorstands
12. Bericht der Antragskommission
13. Behandlung der Satzungsanträge
14. Behandlung der politisch-inhaltlichen Anträge
15. Wahlen:
 - a) Vorsitzende/r
 - b) Vorstand
 - c) Schiedsgericht
 - d) Wahlkommission
 - e) RevisorInnen
 - f) Diskussionsredakteur/in

Sonntag, 16. September

Fortsetzung Delegiertenkonferenz der HUMANISTISCHEN UNION (Ende ca. 13.00 Uhr)

14. (ggf. Fortsetzung vom Vortrag) Behandlung der politisch-inhaltlichen Anträge
16. Organisatorisches
17. Verschiedenes

Ergebnis der Delegiertenwahl 2001

Auszählung: 29.06.2001 Wahlbeteiligung: 555 Stimmabgaben von 1230 Wahlberechtigten = 45,12 % Ungültige Stimmen: 1

Baden-Württemberg (5 Del.)

Wahlbeteiligung: 61 (45,52 %)

1. Kauß, Udo	55
2. Waltraut Balbarischky	51
3. Neumann, Ursula	50
3. a) Neumann, Johannes W.	50
5. Koll, Irmgard	45

Bayern (7 Del.)

Wahlbeteiligung: 96 (44,65 %)

1. Wolfgang Killinger	83
2. Sophie Rieger	73
3. Ulrich Fuchs	66
3. a) Johannes Glötzner	66
5. Jennifer Clayton-Chen	62
6. Gerhard Ranipp	59
6. a) Irene Maria Sturm	59

Ersatzdelegierte:

1. Herbert Huber	40
2. Friedrich Nolte	38

Berlin (7 Del.)

Wahlbeteiligung: 86 (44,10 %)

1. Roland Otte	68
2. Ingeborg Rürup	65
3. Rosemarie Will	52
4. Katharina Ahrendts	41
5. Martin Kutscha	38
6. Thymian Bussemer	35
6. a) Constanze Oehlich	35

Ersatzdelegierte:

1. Nils Leopold	34
2. Marei Pelzer	31
3. Nina Helm	30
4. Christa Zseby	27
5. Sebastian Schiek	20
6. Björn Scheer	18

Brandenburg + Sachsen (1 Del.)

Wahlbeteiligung: 5 (62,5 %)

1. Helga Engel	5
----------------	---

Hamburg (3 Del.)

Wahlbeteiligung: 36 (49,32 %)

1. Fritz Sack	36
2. Edith Wessel	34

Hessen + Thüringen (5 Del.)

Wahlbeteiligung: 57 (44,88 %)

1. Klaus Scheunemann	45
2. Franz-Josef Hanke	39
2. a) Dragan Pavlovic	39
4. Birgit Freudemann	37
5. Karl Bergmann	28

Ersatzdelegierter:

1. Peter Menne	23
----------------	----

Niedersachsen + Bremen + Sachsen-Anhalt (4 Del.)

Wahlbeteiligung: 80 (50,63 %)

1. Gisela Charlotte Fischer	69
2. Hartmut Aden	60
3. Jürgen Kühling	57
4. Steve Oliver Schreiber	46

Ersatzdelegierter:

1. Johann-Albrecht Haupt	26
--------------------------	----

Nordrhein-Westfalen (7 Del.)

Wahlbeteiligung: 75 (35,71 %)

1. Hildegard Beine	49
2. Heidi Behrens	48
2. a) Ursula Tjaden	48
4. Roland Appel	46
5. Reinhard Mokros	44
6. Rudolf Ladwig	43
7. Norbert Reichling	41

Ersatzdelegierte:

1. Christian Brücker	33
2. Oliver Pape	32
3. Helmar Lorenz	17

Rheinland-Pfalz + Saarland (3 Del.)

Wahlbeteiligung: 37 (54,41 %)

1. Till Müller-Heidelberg	35
2. Dietrich Schade	31
3. Gisela Goymann	29

Schleswig-Holstein + Mecklenburg-Vorpommern (2 Del.)

Wahlbeteiligung: 22 (52,38 %)

1. Gunda Diercks-Elsner	22
2. Dr. Klaus Waterstradt	21

In den Wahlbezirken **Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen** und **Sachsen-Anhalt** und **Thüringen** wurden keine Delegierten aufgestellt, die dortigen Mitglieder wählten in den benachbarten Wahlbezirken mit.

Wahlleitung:

Tobias Baur

Wahlkommission:

Nils Leopold, Roland Otte, Andreas Karsten Schmidt, Thymian Bussemer, Björn Scheer, Katharina Sophie Rürup

Berlin, den 29.06.2001

Anträge an die Delegiertenkonferenz 2001

I. Anträge zu HU-internen Strukturen / Satzungsanträge

Satzungsantrag Nr. 1: Sitzungssitz der HU

(Bundesvorstand, Beschluß vom 30.06.)

§ 1 Abs. 3 der Satzung ist so zu verändern:

„Er hat seinen Sitz in Berlin“

(Anm. TB: Bei der DK 1999 in Nürnberg gab eine deutliche Mehrheit für die Verlegung des Sitzungssitzes nach Berlin, allerdings war die erforderliche Mindeststimmzahl für Satzungsänderungen wegen der Abreise einiger Delegierter nicht mehr gegeben. Die Angabe des Sitzungssitzes in § 1 der Satzung – bisher München – begründet die formale Zuständigkeit des Vereinsregisters.)

Satzungsantrag Nr. 2: Neuregelung Mitgliedsbeitrag

(Bundesvorstand, Beschluß vom 30.06.)

Zur Vereinfachung der Währungsumstellung werden die bisher gültigen Mitgliedsbeiträge ab 1. Januar 2002 in Euro im rechnerischen Verhältnis von 2:1 neu geregelt. Die Beitragsstufen der Jahresbeiträge werden künftig wie folgt festgesetzt.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt für:

- Einzelmitglieder: 90 Euro
 - Mitglieder in häuslicher Gemeinschaft gemeinsam: 120 Euro
 - Mitglieder in Ausbildung, ohne oder mit geringem Einkommen: mindestens 30 Euro
 - Neue Mitglieder, die sich in einer Ausbildung befinden, bezahlen im ersten Jahr die Hälfte des vorgesehenen Beitrages
 - Fördermitglieder bezahlen mindestens 30 Euro im Jahr
- Die Beiträge werden jeweils zum Beginn des Kalenderjahres fällig.

II. Thematische Anträge zur HU-Arbeit

Antrag Nr. 3: Arbeitsgruppe zur Genforschung

(Dietrich Schade)

Da abzusehen ist, daß der Gesetzgeber zum Thema Genforschung ein Gesetz verabschiedet wird, das mit Sicherheit Menschen- und Bürgerrechte möglicherweise stark einschränkt, und die Genforschung selbst in hohem Maße Fragen der Menschen- und Bürgerrechte berührt, stelle ich folgenden Antrag:

Die DK möge beschließen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit den Problemen der Genforschung (gesetzliche Voraussetzung, ethische Grundlagen, mögliche Folgen bsd. hinsichtlich der Menschen- und Bürgerrechte

usw.) befaßt. Anschließend soll den Mitgliedern das Ergebnis ihrer Arbeit vorgelegt werden, so daß auf der Grundlage dieser Ausarbeitung eine Entscheidung getroffen werden kann, die es dem Vorstand ermöglicht, eine Stellungnahme der HU zur Genforschung abzugeben.

Antrag Nr. 4: Einführung einer Ersatz-Zweitstimme bei Parlamentswahlen in der BRD (Regionalverband München-Südbayern, Vorstand/ Prof. Dr. Wilhelm T. Hering)

Im Namen des Vorstands des Regionalverbands München-Südbayern stelle ich den folgenden Antrag auf eine Initiative zur Einführung einer Ersatz-Zweitstimme bei Parlamentswahlen in der BRD:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, Initiativen für die Einführung einer Ersatz-Zweitstimme bei Parlamentswahlen zu ergreifen mit der der Wähler angibt, welcher Partei seine Stimme zufallen soll, falls die mit seiner regulären Zweitstimme gewählte Partei den Einzug in das Parlament verfehlt. Durch die zusätzliche Abgabe dieser Ersatz-Zweitstimme kann der Wähler verhindern, daß sein politischer Wille ignoriert wird, falls die von ihm mit der regulären Zweitstimme gewählte Partei an der 5-Prozent-Hürde scheitert.

Begründung:

Die existierende 5% Sperre hat nicht nur den positiven Effekt einer Sicherung hinreichend starker parlamentarischer Mandatsgruppierungen, sondern auch den ausgesprochen negativen Effekt, daß neue Gruppierungen nur im Ausnahmefall ins Parlament kommen, weil viele ihrer Unterstützer aus der berechtigten Furcht vor einem Scheitern an der 5% Hürde ihre Stimme statt dessen einer der starken Parteien geben. Auf diese Weise fühlen sich viele Wählerinnen gezwungen, ihren eigentlichen politischen Willen zu unterdrücken. Mit der vorgeschlagenen Ersatz-Zweitstimme würden die Wahlergebnisse den Wählerwillen dagegen sehr viel unverfälschter wiedergeben.

Die großen Parteien haben an einer solchen Regelung verständlicherweise kein Interesse, da sie von der bislang erzwungenen Vorsicht der Wähler durchaus profitieren. In manchen Fällen können sie sogar hoffen, auf diese Weise den Mehrheitswillen in sein Gegenteil zu verkehren (wie z.B. bei der Hessenwahl 2000, wo der Wegfall der Wählerstimmen für die knapp gescheiterten Grünen der CDU/FDP einen äußerst knappen Wahlsieg bescherte).

Der mit einer zusätzliche Zweitstimme verbundene Mehraufwand bei der Stimmenzählung wäre nach aller Erfahrung nur gering: Auf den weitaus meisten Stimmzetteln würde ohnehin keine zusätzliche Stimme abgegeben werden. Die Wahlsieger würden allerdings in der Regel erst mit dem Ende dieser Zweitstimmzählung feststehen. Dieser geringe Aufschub ist natürlich ohne Belang und kann außerdem durch ein entsprechend geschicktes Auszählverfahren fast völlig vermieden werden. (Im übrigen würde sich der Unterhaltungswert des Wahlabends durch eine solche zeitweise Ungewißheit beträchtlich steigern, wengleich man diesem Argument auch durchaus mit Skepsis begegnen kann.) Deshalb wird der BuVo beauftragt, geeignete Initiativen zum Studium der Möglichkeiten für eine solche Neuerung zu ergreifen.

Antrag Nr. 5: Wahlrecht verbessern – Kumulieren und Panaschieren (RV München-Südbayern, Vorstand)

Die Delegiertenkonferenz möge beschließen:

Die HU setzt sich für eine Änderung des Wahlrechts ein, damit Wählerinnen und Wählern bei Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen einzelnen BewerberInnen auf der Liste einer Partei mehrere Stimmen geben können (Kumulieren) und/oder ihre Stimmen nicht bloß einer Partei, sondern verschiedenen Personen geben können, auch wenn diese aus unterschiedlichen Parteien kommen (Panaschieren).

Begründung:

Kandidatenlisten werden von den Parteiorganisationen aufgestellt, die BürgerInnen haben allenfalls marginalen Einfluß darauf. Dabei haben „querdenkende“ KandidatInnen, die sich nicht voll der Parteidisziplin unterwerfen, wenig Chancen, aussichtsreiche Listenplätze zu erhalten.

Der Begriff Kumulieren bedeutet „anhäufen“ – mehrere Stimmen werden von den WählerInnen einer BewerberIn gegeben. Dies ist beispielsweise schon bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Bayern (auch bei Landtagswahlen), Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen möglich. Dort hat der Wähler immer so viele Stimmen, wie Mitglieder des Gemeinderats zu wählen sind, wobei er einer KandidatIn bis zu drei Stimmen geben kann. Die Möglichkeit, mehrere Stimmen auf die KandidatInnen verschiedener Listen aufzuteilen, wird panaschieren genannt. WählerInnen können somit einzelnen PolitikerInnen unterschiedlicher Parteien ihren Zuspruch geben, denen sie bessere Befähigungen zusprechen.

Ein solches Wahlrecht würde den Einfluß der Parteiorganisationen bei der Mandatsvergabe zurückdrängen und einzelne KandidatInnen nötigen, sich noch mehr um die Wähler zu kümmern.

Vor allem eröffnet es den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, einzelne BewerberInnen, die sie für die Fähigsten halten, die Chancen für einen Sitz im Parlament zu erhöhen.

Zwar wird das Wahlrecht komplizierter. Durch umfassende Information vor der Wahl werden die WählerInnen aber damit umgehen können. Die Anzahl der ungültigen Stimmen ist in den Ländern, die dieses System bereits anwenden, auch nicht höher als sonst. Auch die Wahlbeteiligung ist durchaus vergleichbar. Erfahrungsgemäß macht etwa die Hälfte aller WählerInnen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Antrag Nr. 6: Staatliche Parteienfinanzierung und Demokratiestiftung (RV München-Südbayern, Vorstand)

Die Delegiertenkonferenz möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, dem Gesetzgeber Vorschläge zu unterbreiten, wie die staatliche Parteienfinanzierung deutlich reduziert und mit diesen Mitteln eine „Demokratie-Stiftung“ eingerichtet werden kann.

Begründung:

Parteien erhalten derzeit jährlich 245 Millionen DM an direkter staatlicher Unterstützung. Gemeinwohlorientierte, bürgerschaftliche Gruppierungen müssen sich dagegen überwiegend aus privaten Mitteln finanzieren. Sie sind dadurch bei ihrer Mitwirkung an der politischen Willensbildung erheblich eingeschränkt. Deshalb fordert die HUMANISTISCHE UNION mehr

Chancengerechtigkeit für solche Gruppierungen, denn zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gehört nicht zuletzt die Stärkung der finanziellen Ressourcen gemeinwohl-orientierter Gruppierungen.

In Zeiten, in denen mehr privates Engagement bei der Finanzierung der Sozialleistungen verlangt wird, kann es den Parteien zugemutet werden, ebenfalls eine Kürzung der staatlichen Zuschüsse hinzunehmen. Im übrigen gilt:

„Geld wirkt bei Parteien so ähnlich wie Hafer beim Pferd: Der Parteienstaat schlägt aus, wenn er zu viel davon bekommt.“ (Dr. Heribert Prantl, HU-Beirat, in der *Süddeutschen Zeitung* vom 19.7.01)

Der Plan zur Bildung einer Demokratiestiftung ist im Kreis bürgerschaftlich aktiver Gruppen ausgearbeitet worden, die sich in der Woche der Bürgergesellschaft aus Anlaß des 50. Jahrestages des Grundgesetzes zusammengefunden haben. Den organisatorischen Rahmen haben die Stiftung Mitarbeit und die Theodor Heuss Stiftung gebildet.

Folgende Ziele einer Demokratiestiftung wurden vorgeschlagen:

1. Praktische Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.
2. Bildung von Foren und Plattformen für demokratiepolitische Diskurse und Zusammenarbeit.
3. Neue Formen von Interaktion zwischen Vertretern staatlich-politischer und bürgerschaftlicher Institutionen bzw. Organisationen.

Antrag Nr. 7: Bildungspolitische Konferenz

(Klaus Scheunemann, OV Frankfurt/Main)

Vom Kindergartenangebot für alle Fünfjährigen bis zum allgemeinen 10. Schuljahr – Die HU soll Initiative zu einer bildungspolitischen Konferenz ergreifen (bzw. zu einem bildungspolitischen Kongress)

In der reichen Bundesrepublik gibt es im sozialen und kulturellen Bereich große Defizite. Dazu gehört das deutsche Bildungswesen.

Die meisten vergleichbaren Länder in der Welt haben ein Kindergartenangebot für alle Fünfjährigen – das entlastet die Eltern und verbessert die Startchancen der Kinder. Alle vergleichbaren Länder haben die Ganztagschule auch sie entlastet die Eltern und hilft, dass Kinder mehr lernen können – kognitiv, sozial, musisch, sportlich. In Deutschland sind Ganztagschulen Mangelware, tauchen zwar neuerdings in Reden von Politikerinnen und Politikern auf, nicht aber in der Wirklichkeit.

Viele Länder entlassen Jugendliche erst mit 16 bzw. nach Abschluss eines 10. Schuljahres in die Arbeitswelt. In Deutschland dagegen endet die Schule noch immer für eine Minderheit von Jugendlichen mit Klasse 9. Deshalb fordert die HU ein 10. Pflichtschuljahr. Nebenbei entlastet das den Arbeitsmarkt, vor allem aber bietet es benachteiligten Jugendlichen die Chance, ihre Allgemeinbildung zu verbessern.

Die HUMANISTISCHE UNION soll nach ihrer Satzung alle Bestrebungen fördern, „welche der Festigung demokratischer Solidarität und Toleranz, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung dienen“.

Eine gemeinsame Kindergartenzeit und eine längere gemeinsame Schulzeit können dazu beitragen.

Die HU hat, kurz nach ihrer Gründung, mit ihren „Thesen zu einer Bildungsreform“ bedeutende Impulse für Innovationen im Bildungsbereich gegeben. Daran wäre anzuknüpfen. Die ordentliche DK 2001 der HU beschließt deshalb:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, eventuell gemeinsam mit anderen Organisationen (z.B. der GEW) eine bildungspolitische Konferenz bzw. einen bildungspolitischen Kongress zu veranstalten. Dabei käme durchaus eine Kombination mit dem nächsten Verbandstag in Frage.

Antrag Nr. 8: Unterstützung der UN-Kinderrechtskonvention (Vorstand des Regionalverbandes Nordbayern, Irene Sturm, Refije Kizilay und Sophie Rieger)

1. Die HUMANISTISCHE UNION fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland umzusetzen.
2. Die HUMANISTISCHE UNION fordert die Parteivorsitzenden von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf Ihre Wahlversprechen endlich einzulösen.
3. HUMANISTISCHE UNION unterstützt bereits die Kampagne von PRO ASYL zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Die Orts-, Regional- und Landesverbände der HU werden aufgerufen die Kampagne von PRO ASYL ebenfalls tatkräftig zu unterstützen.

Begründung:

Die Kohl-Regierung hat die Kinderrechtskonvention 1992 unterzeichnet, jedoch mit Vorbehalten. Sowohl GRÜNE wie SPD haben nicht nur im Wahlkampf zugesagt diese Vorbehalte zurückzuziehen, sondern der Bundestag hat dies mit Mehrheit auch am 30.9.1999 so beschlossen. Minister Schily jedoch vollzieht diesen Auftrag nicht und der Kanzler scheint mit der Tatsache, daß der Innenminister mit den Abgeordneten Schlitten fährt, keine Probleme zu haben (die Fraktionen der Regierungsparteien aber scheinbar auch nicht).

Die Nichteinhaltung der UN-Kinderrechtskonvention führt zur tagtäglichen Diskriminierung von ausländischen Kindern. Der Status von unbegleiteten Kindern ist schlechter als der von erwachsenen Flüchtlingen. In Fragen der Versorgung und Ausbildung sind sie entgegen den Forderungen der Konvention einheimischen Kindern nicht gleichgestellt. Eine Lehrstelle bekommen diese zum Teil hochmotivierten Jugendlichen nur, wenn kein anderer oder keine andere sie will. Sie können ab dem 16. Jahr wie Erwachsene behandelt und in Sammellager verfrachtet oder in Abschiebehaft genommen werden. Die Abschiebung, ohne daß sich jemand um ihre Zukunft kümmert, ist möglich.

Wie über die Medien bekannt wurde, will der Innenminister mit der Herabsetzung des Nachzugsalters von Kindern die CSU für seinen Einwanderungsgesetzesentwurf ködern. Dies könnte er nicht, würde die Kinderrechtskonvention auch in Deutschland anerkannt.

PRO ASYL führt zur Zeit eine Kampagne für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention durch, die von der HU durch Erklärung des Bundesvorsitzenden vom 23.04.2001 offiziell unterstützt wird. Es ist wichtig, daß sich auch alle einzelnen Orts-, Regional- und Landesverbände der HU dieser Initiative offiziell anschließen und gemeinsam mit PRO

ASYL entsprechende Veranstaltungen und Aufklärungskampagnen initiieren.

Antrag Nr. 9: Berliner Gespräche zur Trennung von Staat und Kirche (Gerhard Saborowski, Hannover)

Die 17. ordentliche Delegiertenkonferenz 2001 der HU möge beschließen:

Die HUMANISTISCHE UNION wird sich um die jährliche oder zweijährliche Ausrichtung einer Fachtagung unter dem Titel „Berliner Gespräche zur Trennung von Staat und Kirche“ bemühen.

Begründung:

Wenn es um die Aufrechterhaltung des Status quo im Verhältnis von Staat und Kirche geht oder um die rechtliche Absicherung von kirchlichen Sonderrechten, dann können die beiden christlichen Kirchen in Deutschland durchaus zufrieden sein: Lehrer des Staatskirchenrechts an den Hochschulen sind fast ausschließlich kirchennahe Ordinarien. Es gibt das Institut für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands und das Kirchenrechtliche Institut der EKD. Mit der Betreuung von Dissertationen wächst die nächste Generation von kirchennahen Juristen heran.

Dieser Phalanx, die in der Literatur die „herrschende Meinung“ bestimmt, stehen nur wenige Einzelkämpfer gegenüber. Die HU sollte daher der „abweichenden Meinung“ ein Forum bieten.

Seit 1966 lädt der Bischof von Essen jährlich zu den überkonfessionellen „Essener Gesprächen zum Thema Staat und Kirche“ ein. Die Referate und Diskussionsbeiträge werden in einer gleichnamigen Schriftenreihe veröffentlicht und finden so Eingang in Literatur und Rechtsprechung.

Als Gegenpol zu den „Essener Gesprächen“ werden die von der HUMANISTISCHEN UNION auszurichtenden „Berliner Gespräche zur Trennung von Staat und Kirche“ vorgeschlagen. Neben Referaten und Diskussionen könnten sie auch dem Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet dienen. Nachwuchswissenschaftler könnten durch die „Berliner Gespräche“ ermutigt werden, die eingefahrenen Bahnen des deutschen Staatskirchenrechts zu verlassen.

Nach Möglichkeit sollte bereits auf der Delegiertenkonferenz der HUMANISTISCHEN UNION ein vorläufiger Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der „1. Berliner Gespräche“ gebildet werden.

* * *

HU-Tagungsberichte und -hinweise

Werte-Erziehung in der Schule

Einladung zur Fachtagung des Dachverbandes freier Weltanschauungsgemeinschaften am 28. bis 30. September 2001 in Helenenau, nördlich von Berlin, in Zusammenarbeit mit dem *Humanistischen Verband Deutschlands e.V.*, dem *Humanistischen Freidenkerbund Brandenburg e.V.*, sowie der *Gesellschaft für freigeistige Kultur e.V.*

Werteerziehung in der Schule – LER und Alternativen zum Religionsunterricht

28. September 2001

19.00 bis 20.30 Uhr: Dr. Volker Müller, Falkensee
„Werteerziehung in der Schule – eine Einführung aus freigeistiger Sicht“

29. September 2001

09.00 bis 10.30 Uhr: Werner Schultz, Berlin
„Lebenskunde in Berlin“

11.00 bis 12.30 Uhr: Dr. Barbara Bruening, Hamburg
„Ethikunterricht als Alternative oder Ersatz?“

14.00 bis 15.30 Uhr: Renate Bauer, Ludwigshafen
„Freireligiöser Unterricht in Rheinland-Pfalz“

16.00 bis 18.30 Uhr:
Arbeitsgruppen

30. September 2001

09.00 bis 10.30 Uhr: Peter Kriesel, Brandenburg an der Havel
„Perspektiven eines integrativen werteorientierenden Unterrichts – LER in Brandenburg“

11.00 bis 12.30 Uhr: Podiumsdiskussion mit den Referenten
„Wie wird eine integrative Werteerziehung in der Schule möglich?“

Teilnahmegebühr pro Person:

2 Übernachtungen im Doppelzimmer, DU, WC,
Vollverpflegung, Getränke auf eigene Kosten,
260,- DM (alte Bundesländer),
235,- DM (neue Bundesländer)
Einzelzimmerzuschlag: DM 20,-
(nur begrenzte Anzahl von Einzelzimmern vorhanden)
Tagesgäste: 25,- DM pro Vortrag, Essen und Getränke auf eigene Rechnung

Nach dem Anmeldeschluss am 01. September 2001 wird die Anmeldebestätigung mit Wegskizze versandt.

Anfragen und Anmeldungen an:

Dachverband freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.
Dr. Volker Müller,
Ringstr. 14, 14612 Falkensee
Tel.: 03322-205941, Fax: 03321-450747

Fachtagung Ethikunterricht

Der Fachverband Ethik Landesverband Bayern e.V. und das Humanistische Bildungswerk Bayern (hbb) laden ein:

Samstag, 10. November 2001, 10.30 bis ca. 16.00 Uhr
im Haus der Pädagogik, Pädagogisches Institut
Herrnstraße 19 (Nähe Isartor), München.

Der Ethikunterricht wurde vor circa 25 Jahren im Land Bayern unter anderem für konfessionsfreie SchülerInnen eingeführt, deren Erziehungsberechtigte ihr Wahlrecht [Art. 7(2) GG] auf Nichtteilnahme am Religionsunterricht ausüben. Welche weltanschaulichen Vorstellungen bringen aber die Konfessionsfreien mit? Wer sind ihre wichtigsten Philosophen, Denker und Autoren? Wie verhalten sich diese zum bayerischen Lehrplan für Ethik? Darauf will die Fachtagung Antworten geben und einen Dialog zwischen Ethik-Lehrern und ihrer Zielgruppe herstellen.

Referate:

Dr. Rolf Eckardt: *25 Jahre Ethikunterricht in Bayern*
Prof. Norbert Hoerster: *Freiheit und Determination – Zur Unlösbarkeit des Theodizee-Problems*
Dr. Thomas Kisser: *Philosophie im Ethikunterricht*
Dr. Hans Göpfert: *„Natur“ im Ethikunterricht*
Prof. Volker Bialas: *Globalisierung und Weltethos*

Information und Anmeldung:

Hr. W. Fuß, Schirmerweg 92, 81247 München,
Tel. 089-8 11 44 80,
E-Mail: HbbFeSeminar@aol.com,
Internet: <http://www.fv-ethik.de>
Hr. D. Michalke, Jahnstr. 29, 86179 Augsburg,
Tel. 08 21-88 05 58, Fax: 040-36 03 13 29 12,
E-Mail: HbbFeSeminar@aol.com
Internet: <http://www.bfgb.de/hbb>

Fachverband Ethik Landesverband Bayern e.V.

KontoNr. 23153257, BLZ 70150000, Sparkasse München
1. Vorsitzender: StD Johannes Glötzner, Tel. 089-854 26 09
Wissenschaftl. Beirat: Prof. Volker Bialas, Dr. Gerhard Czermak,
Prof. Theodor Ebert, Prof. Elisabeth Gössmann, Dr. Thomas Kisser,
Prof. Martine Nida-Rümelin, Prof. Kurt Singer, Dr. Helga Theunert,
Prof. Klaus Ulich

Humanistisches Bildungswerk Bayern e.V.

Konto: 3560-850, BLZ 76010085, Postbank Nürnberg
Vorsitzende: Dr. Wolfgang Proseke, Dipl.Phys. Dietmar Michalke

mitgeteilt von Rudolf Ladwig

HUMANISTISCHE
emanzipatorisch – radikaldemokratisch – unabhängig
UNION

Verboten ist, den Frieden zu verbieten

Anmerkung der Red.: Die HUMANISTISCHE UNION unterstützt mit Vorstandsbeschluss vom 1. Juli 2001 die nachfolgende Erklärung sowie ein für den 1. und 2. Dezember in Berlin geplantes Symposium zum Thema „Zur Notwendigkeit der Aufhebung des Betätigungsverbots der Kurdischen Arbeiterpartei in Deutschland“ (vorläufiges Programm siehe unten). Die Tagung möchte sich grundlegend mit der Frage der Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland auseinandersetzen.

Zahlreiche Unterzeichnende aus verschiedenen politischen Spektren von CDU bis hin zu PDS sowie weitere Bürgerrechtsorganisationen fordern inzwischen, das vom damaligen Bundesinnenminister Kanther am 23. November 1993 erlassene Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu beenden. Seit einiger Zeit hat die PKK in der Türkei einen einseitigen Waffenstillstand verkündet und verschiedene kurdische Organisationen bemühen sich sichtlich um einen offenen, menschenrechtlichen Dialog für eine nachhaltige Lösung der Kurdischen Frage. Dies setzt jedoch eine Aufhebung des Betätigungsverbot voraus. Wer Menschenrechte verwirklichen möchte, sollte keine Seite per Verbot von einem Friedensdialog ausschließen, weder in der Türkei noch anderswo.

Aufruf an die Bundesregierung zur Aufhebung des Betätigungsverbots der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Deutschland

Die in Deutschland immer noch verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK) hat einseitig und ohne Gegenleistung die Fortführung des bewaffneten Kampfes eingestellt: In Erwartung, dass die aufrichtige Geste des Friedens den Dialog zu einer friedlichen und demokratischen Versöhnung in der Türkei ermöglicht. In der Hoffnung, dass die international anerkannten Rechte auch der Kurdinnen und Kurden in der Türkei und international bestätigt werden. Um den historischen Konflikt endgültig zu lösen, den Krieg zukünftig unmöglich zu machen, um die Türkei auf dem gemeinsamen Weg nach Europa als demokratische Zivilgesellschaft einzurichten.

Soll diese große Hoffnung weiterhin verboten sein?

- Die Aufhebung des PKK-Verbot, die erst den freien, offenen Dialog zwischen allen Beteiligten ermöglicht?
- Die Annahme des Friedensangebotes als Beispiel für die gesellschaftliche Entwicklung der Türkei?
- Die zur Versöhnung ausgestreckte Hand, die nur ergriffen werden kann, wenn allen Partnern des Friedensprozesses zivilgesellschaftliche Anerkennung gilt?
- Die erklärte Bereitschaft, die großen Opfer und die schrecklichen Wunden der Vergangenheit gemeinsam aufzuarbeiten?
- Der legitime Wunsch, die freie und ungehinderte Tätigkeit der PKK und aller kurdischen Vereine in Deutschland auch zu legalisieren?

Die Aufhebung des längst überflüssigen Verbots der PKK sollte den ersten und wichtigsten friedenspolitischen Schritt der Bundesrepublik zur Beendigung des türkisch-kurdischen

Konflikts ermöglichen. Die nachhaltige Lösung der Kurdenfrage ist nur unter Einbeziehung aller Parteien und Gruppen aussichtsreich.

Das noch geltende Verbot hemmt und ignoriert den strategischen Wechsel der PKK und dessen positive Auswirkungen innerhalb des kurdischen Volkes im deutschen Exil und diffamiert es als eine Menschengruppe „zweiter Güte“. Der innere Frieden in Deutschland, das Zusammenleben zwischen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Herkunft, wird belastet durch ein antiquiertes Verbot, das als ein wesentlicher Stimulus für die anwachsende Ausländerfeindlichkeit in unserem Lande fortwirkt.

Die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK bedeutet einen Verlust nur in Form der Aufgabe eines riesigen geldverzehrenden Überwachungsapparates der Polizeien und Geheimdienste, da die Kurden mit ihrer neuen Strategie ihre Arbeit, ihre Organisationen und ihre Absichten noch stärker öffentlich präsentieren möchten. Die Abschaffung dieses Repressionsapparates bedeutete einen großen Schritt in Richtung auf die Verwirklichung des Friedens und wäre alles das: menschlich, demokratisch und vernünftig.

Wir, die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen unterstützen das Symposium im Dezember 2001 in Berlin und die Kampagne „Verboten ist es, den Frieden zu verbieten“. Die Bundesregierung rufen wir auf, Schritte zur Aufhebung des PKK-Verbot einzuleiten und sich für eine friedenspolitische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen.

Trägerkreis:

YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), HUMANISTISCHE UNION e.V., IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.), medico international, AZADI e.V. (Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland)

UnterstützerInnen (Anfang August 2001):

A. Goeder-Bade (RA-Angestellte), Angelika Lex (Rechtsanwältin, Deutsch-Kurdische-Gesellschaft e.V., München), Anni Pues (Rechtsanwältin), A. Roeder-Bode (Rechtsanwalt Angestellter), Astrid Aengenheister (Rechtsanwältin), A. Sturkenboom (MOCAKAUK-Amsterdam), Autonome Antifa (Göttingen), Baki Coskun (Rechtsanwalt), Barbara Volhard (Unabhängige Frauen, Freiburg), Bernd Grubba (Büroleiter einer Anwaltskanzlei, Bonn), Birgit Gärtner (Journalistin), Dr. Burhan Elturan (Indiana University), Carl Heydenreich (Rechtsanwalt), Carsten Hübner (MdB/PDS), Christian Arndt (Pastor), Christian Babel (PDS), Christine Dombrowsky (Archiv 415 - Die Trikont Bürger in ihrer Zeit), Dagmar Rüdensburg (ver.di), Dagmar Schusterbauer (Pax-Christi, Lahnstein), Detlef Hartmann (Rechtsanwalt), Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Dino Frisullo (Italien), Dons Karb (Mission-Entwicklung-Frieden St.-Martin, Lahnstein), Doris Emhart, Dr. Heinz-Jürgen Schneider (Rechtsanwalt), Dr. Norbert Blüm (CDU/CSU), Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt/Publizist), Dündar Kelloglu (Rechtsanwalt), Elard Biskamp (Rechtsanwalt), Erol Yildirim (Rechtsanwalt), Evrim Baba (MDA/PDS), Flüchtlingsrat Wiesbaden, Friedel Grützmacher (MDL, B90/Die Grünen), G. van Leemput (Study centre on Turkey, Niederlande), Gerhard Diefenbach (Vorsitzender der Aachener Friedenspreis e.V.), Gisela Penteker (IPPNW), Gisela Wiese (Pax-Christi, Hamburg), Giyasettin Sayan (MDA/PDS), Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Uni-Köln), Prof. Dr. Georg Auernheimer (Uni-Köln), Dr. Hans Georg Berghausen (DKP),

Fortsetzung auf Seite 87

Fortsetzung von Seite 86

Hans-Georg Schudell (Rechtsanwalt), Heidi Lankisch (Medienagentur für Menschenrechte - mfm), Heidi Lippmann (MdB/PDS), Heike Geisweid (Rechtsanwältin), Heike Krause (Rechtsanwältin), Herwig Putsche (Flüchtlingsberater der Diakonischen Flüchtlingshilfe im Main-Kinzig-Kreis e.V.), Prof. Helmut Dahmer (TU-Darmstadt), Hendrikk Guzzoni (Fraktionsvorsitzender, Unabhängige Frauen und Linke Liste), HUMANISTISCHE UNION e.V. (HU), Informationsstelle Kurdistan e.V. (ISKU), Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e.V., Irene Vogel (Unabh. Frauen), Johannes Pausch (Rechtsanwalt), Jörg Detjen (PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln), Junge Linke Wesel, Karin Leukefeld (Freie Journalistin), Katja Treiber-Lehmann (PDS-NE), Klemens Roß (Rechtsanwalt), Kulturprojekt nn-tv (Bonn), Kurdischer Student(inn)enverband (YXK), Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung e.V., Kurdistan Informations-Zentrum e.V. (KIZ), Kurdistan Solidarity Committee UK, Lilo Radermacher (Gewerkschaftssekretärin), Lord Avebury (Britischer Parlamentarier), Lord Rea (Britischer Parlamentarier), Luckenbach (Linke Liste, Freiburg), Manfred Kastner (DKP/VVN-BdA und ver.di), Maria Viethen (Rechtsanwältin, B90/Die Grünen), Mariagerogia Bootz (Linke Liste, VVN/BdA), Martina Herrmann (Unabh. Frauen, Freiburg), Mehmet Sahin, Michael Heim (Rechtsanwalt), Michael Moos (Rechtsanwalt und 1. Vorsitzender der Vereinigung baden-württembergischer Strafverteidiger), Michaela Ostermeier (ver.di), Nikolaus Brauns (Vorstandsmitglied der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e.V. und Vorstandsmitglied der PDS München), Norman Paech (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), Peace in Kurdistan Campaign (Großbritannien - UK), Peter Avras (Mission-Entwicklung-Frieden St.-Martin, Lahnstein), Peter Strutyński (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag), Prof. Wolf-Dieter Narr (Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie), Rainer Ahues (Rechtsanwalt/ Vorstandsmitglied des Republikanischen Anwaltsvereins), Roland Sperling (PDS), Rosa-Luxemburg-Bibliothek (Bonn), Rote Hilfe (Ortsgruppe Duisburg), Sabine Paris (Rechtsanwältin), Schalinad Farrokliad (Uni-Köln), Sengül Senol (PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln), Silke Keck (Unabh. Frauen), Stefan Olbrich (Rechtsanwalt), Tim Engels (VVN-BdA Neuss), Thomas Schmidt (Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM)), Thomas Schneider (Kolpingfamilie), Thomas Schmidt (Mitarbeiter von amnesty international Berlin St.-Martin, Lahnstein), Willem Wildschut (Solidaritätsgruppe Kurdistan, Niederlande), Dr. Winfried Wolf (MdB/PDS), Wolfgang Gehrcke (MdB/PDS), Wolfgang Jungheim (Pax-Christi, Nassau-Lahnstein), Zeitungsprojekt „Nullnummer“ (Bonn),

Für weitere Unterstützungserklärungen bitte Aufruf kopieren und unterschrieben zurücksenden an YEK-KOM; Graf-Adolf-Str. 70a; 40210 Düsseldorf; Tel: 02 11 - 17 11 451; Fax: 02 11 - 17 11 453; e-mail: yekkom@gmx.net)

Wir möchten einladen

Zur Beteiligung an einem Symposium, das sich ausführlich und grundlegend mit der Frage der Aufhebung des PKK Verbots auseinandersetzen will, um in demokratisch offener und auch kontroverser Diskussion die historischen Auswirkungen der Verbotmaßnahme auf den Versöhnungsprozeß in der Türkei und die gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik zu erörtern. Um, nach unserer Erwartung, eine öffentliche Stellungnahme zu erreichen, die zu einer wirkungsvollen Initiative für die endlich wieder legale Tätigkeit und freie Partizipation der Kurden in Deutschland gerät.

Die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK bedeutet einen Verlust nur in Form der Aufgabe eines riesigen geldverzehrenden Überwachungsapparates der Polizeien und Geheimdienste, da die Kurden mit ihrer neuen Strategie ihre

Arbeit, ihre Organisationen und ihre Absichten noch stärker öffentlich präsentieren möchten. Die Abschaffung dieses Repressionsapparates bedeutete einen großen Schritt in Richtung auf die Verwirklichung des Friedens und wäre alles das: menschlich, demokratisch und vernünftig.

Veranstaltungsort:

Ort noch offen,
Anfrage bitte über die Veranstaltenden

Programmablauf:

Samstag, 1. Dezember 2001

10.00 bis 13.00 Uhr *Geschichtlicher Überblick*
10.00 bis 10.10 Uhr *Begrüßung und eine kurze Anrede*
Frau Dr. Gisela Penteker – IPPNW e.V.
10.10 bis 10.55 Uhr *Türkisch-Deutsche Beziehungen seit 3 Jahrhunderten* Prof. Dr. Udo Steinbach, Deutsches Orient-Institut
11.00 bis 11.45 Uhr *Geschichte der Kurden*
Prof. Martin von Bruinessen, angefragt
11.45 bis 12.30 Uhr *Geschichte der PKK und des bewaffneten Kampfes*
Selim Büsse (Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung)
12.30 bis 13.00 Uhr *Diskussion mit dem Publikum*
13.00 bis 14.00 Uhr *Mittagessen*
14.00 bis 14.30 Uhr *EU – Türkei und die kurdische Frage*
Martin Schulz, angefragt
14.45 bis 18.30 Uhr *Das PKK-Verbot*
Moderation: Dr. Gisela Penteker – IPPNW
14.50 bis 15.00 Uhr *Einleitungsreferat zur neuen Strategie der PKK*
15.00 bis 17.30 Uhr *Hintergründe und Auswirkungen des PKK-Verbotes* Rainer Ahues, Vorstandsmitglied des Republikanischen Anwaltsvereins
15.30 bis 16.00 Uhr *Bilanz der Repressionen an KurdInnen durch das Verbot* Monika Morres (Vorstandsmitglied von AZADI e.V.)
16.30 bis 17.00 Uhr *Auswirkungen des Verbotes auf die Demokratie in Deutschland* Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Sprecher des Komitee für Grundrechte und Demokratie
17.00 bis 17.45 Uhr *Das PKK Verbot aus der Sicht von Betroffenen, der Polizei und Justiz* Mehmet Demir (Vorsitzender der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), Jürgen Korell sowie Vertreter der Justiz und Sicherheitsbehörden und betroffene Kurdinnen und Kurden
17.45 bis 18.30 Uhr *Diskussion mit dem Publikum*
Ab 18.30 Abendessen und Kultur vor Ort, Gelegenheit zu Gesprächen

Sonntag, 2. Dezember 2001

9.00 bis 10.30 Uhr *Podiumsdiskussion Aufhebung des PKK-Verbots, Pro und Kontra* Moderator: Hans Branscheidt, Prof. Ulrich Albrecht, Prof. Norman Paech, Friedel Grützmaker (MdB - B90/Die Grünen)
[Zusätzlich angefragt: Vertreter des Bundesinnenministeriums, Vertreter des Verfassungsschutzes, sowie Vertreter aller Parteien]
10.30 bis 11.30 Uhr *Publikumsdiskussion*
11.30 bis 12.00 Uhr *Resolution und Schlussrede*

Veranstalter:

YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.), medico international und AZADI e.V. (Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland), HUMANISTISCHE UNION e.V.

Milosevic

Als einer der Ersten hatte ich im Frühjahr 1999 darauf hingewiesen, daß der Angriff von NATO-Staaten auf Jugoslawien im Kosovo gegen die Satzung der UNO verstieß, weil er nicht durch ein Votum des Weltsicherheitsrats gedeckt war. Heute ist dies Wissen Allgemeingut. Die allgemeine Kritik an dieser Militärintervention läßt es der NATO geboten erscheinen, öffentlich zu machen, daß sie damals im Sinne des Schutzes der Menschenrechte doch recht hatte. Wie kann dies besser geschehen, als durch die Verurteilung des bisherigen Präsidenten Jugoslawiens Slobodan Milosevic als Kriegsverbrecher?

Deshalb ist das *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia* (ICTY) mit den Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO Nr. 808 und 827 ins Leben gerufen worden. Ihm gehören 14 Richter, unter anderem aus Ägypten, Jamaica, Malaysia, Italien, China, Kolumbien, Guyana, Großbritannien, Marokko und Australien an. Die Richter werden von über 1000 Personen als Personal unterstützt; der Gerichtshof verfügt jetzt über einen Jahresetat von 96,6 Millionen Dollar. So ist es nicht zu verwundern, daß die UNO immer in finanziellen Schwierigkeiten steckt.

Gewiß ist Milosevic kein angenehmer Zeitgenosse. Seine Ziele werden bestimmt von einem kommunistisch geprägten Nationalismus und seinem persönlichen Machtstreben. Gerade der deshalb verständliche Widerwille gegen Milosevic fordert indessen dringlich, das jetzt gegen ihn in Den Haag vor dem ICTY anhängige Verfahren mit kühlem Verstand zu analysieren und sich nicht von Leidenschaften forttragen zu lassen.

1.

Das Gericht in Den Haag ist zuständig für Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Jugoslawien. Es ist daher nicht zuständig für die Führung eines Angriffskrieges (weil ohne Einwilligung des Sicherheitsrates begonnen; Fälle u. A. Schröder, Fischer) oder für die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit in anderen Teilen der Welt (z.B. Arafat und viele andere mehr).

Ein solches Gericht bezeichnen wir als „Ausnahmegesicht“ im Sinne des Art. 101 GG. Ausnahmegesichte sind immer manipulationsanfällig und deshalb im Grundgesetz zu recht verboten. Ihre Installation und Besetzung ist von der Willkür der jeweiligen Regierung abhängig. Nun ist die UNO gewiß nicht an das Grundgesetz gebunden. Aber der hinter Art. 101 GG stehende Rechtsgedanke der Gleichheit vor dem Gesetz und der Rechtsstaatlichkeit ist Bestandteil jeden rechtsstaatlichen Denkens.

1998 haben 139 Staaten – unter ihnen auch die USA und Deutschland – einen Vertrag zur Gründung des ständigen Internationalen Strafgerichtshofs in Rom geschlossen. Er tritt aber erst in Kraft, wenn ihn mindestens 60 Staaten ratifiziert haben. Bisher ist er im Jahre 2001 nur von 36 Staaten – unter ihnen Deutschland – ratifiziert worden. Mit einer Ratifikation durch die USA rechnet nach dem Wechsel im Amt ihres Präsidenten von Clinton zu Bush niemand. Ob der Vertrag je in Kraft tritt, erscheint mir ungewiß.

Der Hintergrund, vor dem das Gericht in Den Haag geschaffen worden ist, braucht nicht zu bedeuten, daß seine

Urteile falsch sein werden. Aber ihre Überzeugungskraft ist natürlich gebremst.

Es gab bereits früher ein vergleichbares Ausnahmegesicht, nämlich das Tribunal in Nürnberg. Das Tribunal konnte man damals mit der Überlegung rechtfertigen, daß der Gedanke an ein Internationales Strafgericht neu war und erst einmal ein Anfang gemacht werden mußte. Aber schon seiner Zeit ist zu recht moniert worden, daß sich die Verfahren nur gegen die deutschen Verlierer des II. Weltkrieges, nicht aber gegen die Westalliierten wegen der Luftangriffe auf deutsche Wohngebiete oder gegen die Machthaber der Sowjetunion wegen der Vertreibung und Ermordung von Deutschen aus den Ostgebieten in den Jahren 1944/ 45 gerichtet hatte. Damals ist der heute von der SED/ PDS als Schimpfwort verwendete Begriff der „Siegerjustiz“ geprägt worden.

Es gehört zu unserer rechtsstaatlichen Verpflichtung, auf diese Mängel hinzuweisen und somit mittelbar auch das UNO-Strafgericht in Rom zu fördern.

2.

Es ist ein feststehender rechtsstaatlicher Grundsatz, daß einem Beschuldigten die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach Ort, Zeit und Opfern bekannt gemacht werden müssen, damit er sich verteidigen kann. An all dem fehlt es in Den Haag! Es gibt nur eine unsubstantiierte Verdächtigung der „Chefanklägerin“ Carla del Ponte aus der Schweiz. Das Gericht hat zu Beginn der ersten Verhandlung englischem Vorbild folgend Milosevic gefragt, ob er sich schuldig bekenne. Welcher Sachverhalt wäre festgestellt, wenn er die Frage bejaht hätte? Kein deutscher Amtsrichter würde eine solche Anklage zulassen.

Zum Vergleich: Die Staatsanwaltschaft in Chile hat in der Anklage gegen Augusto Pinochet die 57 Morde und die 18 Entführungen genau aufgelistet, die von der sogenannten Todeskarawane 1973 begangen waren und die gedeckt zu haben, sie Pinochet vorwirft.

3.

Es gibt keine Zweifel, daß in Jugoslawien zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden sind. Aber wann darf man sie über die unmittelbaren Täter hinaus einem einzelnen Menschen, und sei er auch ein Staatsmann, zurechnen?

Eines muß von vornherein deutlich sein: Repressalien, das heißt, Vergeltungsmaßnahmen gegen ein Kollektiv von Menschen, weil einer von ihnen oder aus ihrem Umfeld eine Untat begangen hat, dürfen nicht zur Diskussion stehen. Wir haben ihre unheilvollen Auswirkungen gerade erst im II. Weltkrieg bei der Partisanenbekämpfung oder danach bei Berufsverböten gegen die Angehörigen in der Tat schlimmer Parteien, sei es der NSDAP oder der SED, erlebt. Nach christlicher Auffassung, aus deren Gedankengut sich der Begriff der Schuld heute ableitet, ist Schuld immer individuelle Schuld des einzelnen Menschen vor Gott.

Fragt man den Juristen nach dem Begriff der Schuld, so wird er fast reflexhaft auf die Schuldformen des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit verweisen, das heißt auf die subjektive Beziehung eines

Fortsetzung auf Seite 89

Fortsetzung von Seite 88

Menschen zu einem objektiven Geschehen. Die Rechtswissenschaft hat vor 100 Jahren weitere Schuldformen entwickelt und sie dem Vorsatz oder der Fahrlässigkeit zugeordnet, den *dolus eventualis* („Na wenn schon“) und die *luxuria* („Wird wohl nicht“).

Alle diese Begriffe, so tauglich sie auch heute noch für den juristischen Alltag sind, helfen bei unserem Problem nicht weiter. Es handelt sich immer um die Schuld eines Staatsmanns, der eine zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit führenden Entwicklung steuert oder steuern könnte, ohne selbst als Täter in Erscheinung zu treten. Je schwerer die Verbrechen sind, mit desto größerem Eifer verwischen die Täter

Nachweise seines Wissens von den Mauertoten. Sollte es bei Slobodan Milosevic anders sein? Jedenfalls würde dies seinen Hochmut bei der Eröffnung des Verfahrens erklären. Es ist bei allen drei „Staatsmännern“ ähnlich: Sie wissen das Entstehen solcher Dokumente zu verhindern.

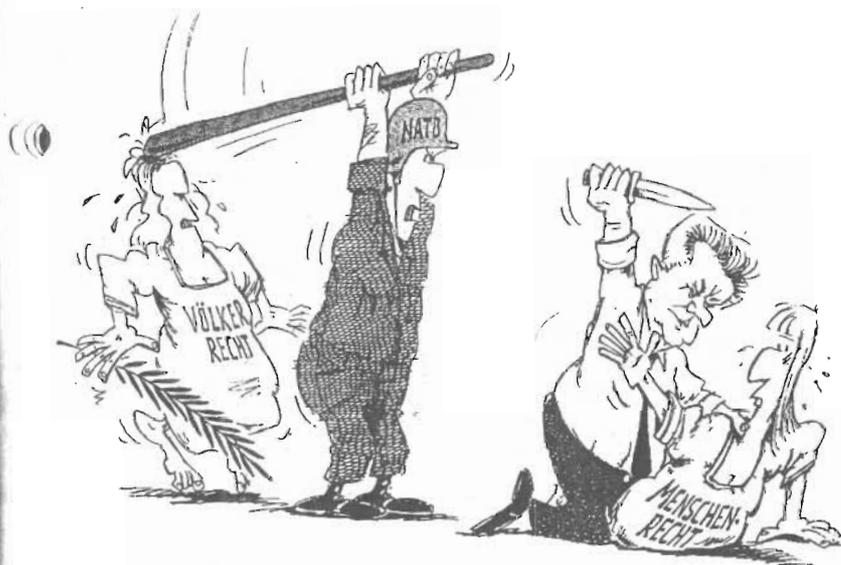
Wir stehen der Kriminalität von Staatsmännern mit unserem herkömmlichen wissenschaftlichen Instrumentarium einigermaßen hilflos gegenüber. Dies kann den nicht wundern, der fragt, welches Interesse Staatsmänner daran haben könnten, ein strafrechtliches Instrumentarium zu ihrer eigenen Verfolgung zu schaffen. Mindestens ein schlechtes Gewissen haben sie alle.

Unser heutiges kontinental-europäisches Strafrecht ist im 18. und 19. Jahrhundert im Zeichen der liberalen Aufklärung mit Schwerpunkten in Frankreich, Preußen und Bayern vom Bürgertum, von der von ihm getragenen Rechtswissenschaft und Justiz geschaffen worden. Damals sind die ideologischen und dogmatischen Grundlagen in einer langen Diskussion gelegt worden. Dieses Bürgertum gibt es kaum noch. Es hat den I. Weltkrieg, die folgende, von der damaligen Reichsregierung vorsätzlich herbeigeführte Inflation zur Bezahlung der Staatsschulden aus dem I. Weltkrieg und die NS-Zeit nur in Randbereichen überlebt.

Es gilt deshalb heute, aus der Mitte der Bürger heraus eine Rechtswissenschaft und Justiz zu entwickeln, die die ideologischen und dogmatischen Grundlagen für die Verfolgung krimineller Staatsmänner schafft. Das Strafverfahren gegen Slobodan Milosevic wäre ein guter Anlaß für einen Beginn.

Diese Aufgabe ist auch deshalb dringlich, weil das Elend der sog. Entwicklungsstaaten seinen Ursprung nicht in deren ursprünglicher ökonomischen Schwäche, sondern in der Kriminalität ihrer Staatsmänner, in den von diesen aus egozentrischen Gründen hervorgerufenen Kriegen, Fluchten und Vertreibungen hat. Auch dafür ist Slobodan Milosevic ein gutes Beispiel. Ohne ihn und seine Rüstungs- und Militärausgaben könnte Jugoslawien in all seiner Schönheit heute ein blühendes Land sein.

Prof. Ulrich Vultejus



Zeichnung: Gerbard Mester

von vornherein ihre Spuren. Es gibt bei Adolf Hitler keine Dokument, mit dem man ihm das Wissen um die Ermordung der Juden urkundlich nachweisen könnte, so eifrig auch nach dem II. Weltkrieg nach solchen Dokumenten gesucht worden ist. Für mich ist dies der Nachweis seines verbrecherischen Vorsatzes; aber lassen wir dies beiseite. Auch bei Erich Honecker gibt es nur schwache dokumentarische

von vornherein ihre Spuren. Es gibt bei Adolf Hitler keine Dokument, mit dem man ihm das Wissen um die Ermordung der Juden urkundlich nachweisen könnte, so eifrig auch nach dem II. Weltkrieg nach solchen Dokumenten gesucht worden ist. Für mich ist dies der Nachweis seines verbrecherischen Vorsatzes; aber lassen wir dies beiseite. Auch bei Erich Honecker gibt es nur schwache dokumentarische

Vorgänge um die HU

Bürgerrechte als Ausdruck und als Voraussetzung einer freien Gesellschaft: um diesen Doppelcharakter kreisen die 51 Beiträge in einem demnächst in Buchform erscheinenden und besonders ausgestatteten Band der *vorgänge*. Die HUMANISTISCHE UNION, älteste Bürgerrechtsorganisation hierzulande, feiert ihr 40. Gründungsjubiläum – Anlaß für die Autorinnen und Autoren (fast alle Mitglieder der HU), aus verschiedenen Perspektiven an die Aktualität der Bürgerrechtsdebatte zu erinnern. Es geht um Rückblicke auf die wechselvollen Diskussionen, Auseinandersetzungen und Kämpfe, die um die Durchsetzung freiheitlicher Normen und Werte in der Bundesrepublik der letzten Jahrzehnte

geführt wurden. Zugleich werden viele der gegenwärtig und zukünftig drohenden Gefahren für die bürgerrechtliche Entwicklung analysiert: staatliche Restriktionen und Einschränkungen individueller Freiheitsrechte, die Herrschaft wirtschaftlicher und politischer Machtkonglomerate und die Gefährdungen durch undemokratische Strukturen, Entscheidungsprozesse und Interessengruppen. Bürgerrechte sind eine zivilisatorische Errungenschaft, die gerade in Deutschland auch unter wachsendem Druck in Zukunft verteidigt und ausgebaut werden müssen.

(siehe nächste Seite)

Tobias Baur

Inhalt (Auswahl) 40. Jahrgang, September 2001, Heft 3

Freiheitsrechte durchsetzen, Grundrechte einfordern, in Freiheit leben

Der als Festschrift konzipierte Band dieser Wegbegleiterin durch vier Dekaden Verbandsgeschichte hat den doppelten Umfang einer regulären Ausgabe und wird allen Mitgliedern zum Gründungsjubiläum kostenfrei zugesendet.

1. HU-Geschichte, HU-Geschichten

Till Müller-Heidelberg

Die HUMANISTISCHE UNION als älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation. Geschichte und Perspektiven

Christian Szczesny

Mein Großvater Gerhard Szczesny und die HUMANISTISCHE UNION

Gerhard Szczesny im Interview

Den Utopismus und Radikalismus habe ich mir selbst ins Haus geholt

Norbert Reichling

Liberaler politische Kultur und beginnende Aufklärung über den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik der 60er Jahre. Beiträge der HUMANISTISCHE UNION

Stefan Hemler

Wie die 68er-Revolution eines ihrer liberalen Kinder fraß.

Eine kurze Geschichte der HUMANISTISCHE STUDENTEN UNION

Volkmar Braunbehrens

Aus den Anfängen der HU. Persönliche Erfahrungen

Sieghart Ott

Die vorgänge: Entwicklungslinien 1962 bis 2001. Von der „kulturpolitischen Korrespondenz“ zur „Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik“

Helga Killing

Es ist Freitag oder: Politische Arbeit, etwas anders

Anna Elmiger

Früher... Private Erinnerungssplitter an meine aktive Zeit in der HU

Tobias Baur

Mission meist possible. Die Arbeit der HU-Bundesgeschäftsstelle in der Datenflut

2. Die Themen der HU

Jürgen Seifert

Verfassungspatriotismus im Streit um die Notstandsgesetzgebung. Erinnerungen aus der Zeit, in der ich „Notstands-Seifert“ genannt wurde

Heide Hering

Geschafft! Eine Verfassungsänderung!
Über eine erfolgreiche HU-Initiative in der Frauenpolitik

Udo Kauß

Die Proteste gegen die Volkszählungen 1983 und 1987

Hansjürgen Garstka

Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung als Grundrechte in der Informationsgesellschaft

Rolf Gössner

Das KPD-Verbotsurteil als Anachronismus.
Zur bürgerrechtlichen Problematik eines Parteiverbots

Eckart Spoo

Was bleibt, ist mehr als Nachdenklichkeit. Die Berufsverbote und ihre Wirkungen

Dieter Wunder

Bildungsreform aus bürgerrechtlicher Sicht. Ein Versuch

Johannes W. und Ursula Neumann

Die Kirchen: Staaten im Staate?

Franz-Josef Hanke

Beteiligung, Gleichstellung, Respekt. Behindert ist, wer behindert wird

Roland Erne

Direkte(re) Demokratie – Optionen für Deutschland? Skizze eines Modellvorschlags

Hans Lisker

Vom „nicht erfüllten“ zum „überlebten“ Grundgesetz.
Beispiele von Verfassungsbrüchen zur „Stärkung“ der Exekutivmacht

Helmut Kramer

Das Rechtsbenutzungsgesetz von 1935. Ein Anachronismus gegen den Altruismus

Anton-Andreas Guha

Kampf um die „innere“ Pressefreiheit. Vorerst erledigt

Rosi Wolf-Almanasreh

Ausländerrechte – Bürgerrechte.
Ein persönlicher Rück- und Ausblick auf umkämpftes Terrain

3. Formen, Köpfe, Formationen

Joachim Perels

Ein Jurist aus Freiheitssinn – Fritz Bauer

Carl Wilhelm Macke

Wie um eine Stadtmauer. Über den akademischen und politischen Lehrer Jürgen Seifert

Till Müller-Heidelberg

Der Grundrechte-Report.

Anmerkungen zum Konzept des „alternativen Verfassungsschutzberichtes“

Ingeborg Rürup

Vom lästigen Mahner zum gefragten Partner.

Das Forum Menschenrechte – eine Erfolgsgeschichte

Nina Helm

40 Jahre sind genug.

Kritische Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft der HUMANISTISCHE UNION

Thymian Bussemer

Ein Katalysator, aber keine Macht.

Anmerkungen zur politischen Strategie der HUMANISTISCHE UNION

4. Fundamente der Bürgergesellschaft

Claudia Roth

Bewegungspartei ohne Bewegung? Plädoyer für eine produktive Spannung zwischen Bündnis 90/Die Grünen und den sozialen Bewegungen

Friedhelm Grützer

Die Zivilgesellschaft – Volksgemeinschaft der Gutwilligen?

Ulrich Finckh

Das Eintreten für Menschenrechte – Eine Konsequenz christlicher Mitmenschlichkeit

Thomas Lemke

„Freiheit ist die Garantie der Freiheit“. Michel Foucault und die Menschenrechte

Karl-Heinz Hense

Grundwerte in einer liberalen Gesellschaft

Hartmut von Hentig

Bürgerschaftliches Bewusstsein. Wie es entsteht, wenn man es lässt

Thomas Leif

Das demokratische Defizit. 15 Thesen zur Entwicklung von Demokratiekompetenz

Wolfgang Ullmann

Kreisau – eine gesamteuropäische Perspektive

Sven Lüders

Bürgerrechte im Zeitalter des Übermenschen. Eine Kritik der bürgerrechtlichen KritikerInnen

Sabine Leutheusser-Schwarzberger

Eigentum oder Freiheit? Libertäre Ver(w)irrungen

Wolfgang Kraushaar

„Der große Katalysator“.

Die Radikalisierung der Studenten in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg

5. Zeitfragen – Streitfragen

Marcus Hawel

Die normalisierte Nation? Zur Geschichtsbewältigung in der Berliner Republik

Heidemarie Wiecek-Zeul

Zivilgesellschaft – Motor der internationalen Entwicklung

Renate Kunast

Bürgerbewegung Verbraucherschutz!

Warum eine neue Verbraucherpolitik die Initiative von unten braucht

Martin Kutsch

Individuelle Selbstbestimmung in der technisierten Marktwirtschaft?

Klaus Staack

Plädoyer für eine Neuaufgabe der Anti-Springer-Aktionen im Reich der Lemminge

Albrecht Funk

Stolze Deutsche. Falsche Vergleiche, wahre Gesinnung

Heribert Prantl

Die Fiktion von der Integrationspolitik.

Anmerkungen zur Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland

Burkhard Hirsch

Der Große Bruder und das Recht auf Privatheit

Monika Frommel

Die feministische Forderung nach angemessener Sanktionierung von Gewalt gegen Frauen

Ulrich Vultejus

Ethik in der Genmedizin. Eine Herausforderung – auch für Bürgerrechtler

6. Dokumente

HUMANISTISCHE UNION

Fritz-Bauer-Preis an Erstunterzeichner des Aufrufs zur 'Fahnenflucht' im Kosovo-Krieg

Wolf-Dieter Narr

Betrifft Kosovo. Einlassungen in eigener Sache

Die „vorgänge“ in einer anderen Republik. Bürgerrechtliche Beiträge der Jahre 1962 bis 1980

Vorsitzende, Vorstandsmitglieder und Beiräte der HUMANISTISCHE UNION 1961 bis 2001

Bestellungen über den Verlag Leske und Budrich, Gerhard-Hauptmann-Str. 27,

Postfach 300 551, 51334 Leverkusen, Tel. 02171-4907-0 Fax: 02171-4907-11.

BERLIN

Landesgeschäftsstelle der HUMANISTISCHEN UNION
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin,
Telefon: 030/204 2504 (Di. 9 - 14 Uhr und Do. 16 - 20 Uhr)
e-mail: hu_berlin@humanistische-union.de

- Im Rahmen der Diskussionsreihe Republikanische Vesper diskutierten wir am 28. Juni die Frage „Mehr Demokratie durch Volksentscheide?“. Dabei verteidigte der grüne Bundestagsabgeordnete Gerald Häfner (Mehr Demokratie e.V.) die Vorstöße für direktdemokratische Elemente gegenüber Bedenken von links (Roland Roth, *Komitee für Grundrechte und Demokratie*) und von rechts (Thomas Strobl, CDU). Nach der Sommerpause setzen wir jeweils am letzten Donnerstag des Monats die Reihe Republikanische Vesper fort:
 - 30. August: „Sparen, sparen, sparen – und keine Alternative?“ unter anderem mit dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler Klaus-Peter Kisker
 - 28. September: **Polizei in der Kritik** mit Dieter Schenk, der gerade ein Buch zur Geschichte des BKA veröffentlicht hat.
 - 25. Oktober: **Wirtschaftliche Globalisierung und Menschenrechte**. Wie gehen Organisationen mit der Macht der Konzerne um?
 - 29. November: **Strafvollzug**. Zur bürgerrechtlichen Misere in den Gefängnissen.
 Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19 Uhr und finden im Robert-Havemann-Saal des Hauses der Demokratie und Menschenrechte statt. Gemeinsame Träger der Republikanischen Vesper sind neben der HU die Zeitschrift *Ossietzky*, die *Internationalen Liga für Menschenrechte* und der Stiftung *Haus der Demokratie und Menschenrechte*.
- Gegenwärtig arbeitet der Landesvorstand an einem **Forderungskatalog für einen neuen Berliner Senat**. Darin sollen bürgerrechtliche Forderungen für die Koalitionsverhandlungen nach den im Herbst anstehenden Neuwahlen formuliert werden. Besonders im Bereich der Innen- und Justizpolitik (Demonstrationsrecht, Verfassungsschutz und Polizeibefugnisse an „gefährlichen Orten“) sowie in der Schulpolitik (Verzicht auf ein Wahlpflichtfach Religion) erwarten von dem Regierungswechsel deutliche Kurskorrekturen. Der Forderungskatalog soll Anfang September den Berliner Parteien und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.
- In mehreren Sitzungen beschäftigte sich der Landesvorstand mit der aktuellen **bioethischen Debatte**. Jenseits der medizinischen Heilversprechen und der biotechnologischen Machbarkeit auf der einen Seite und der christlichen Lebensschutz-Argumente andererseits wollten wir Kriterien für einen möglichst selbstbestimmten und freiheitsstehenden Umgang von Frauen und Behinderten mit den medizinischen Möglichkeiten finden. Dabei haben wir **einige Kritikpunkte** am gegenwärtigen Diskurs um die genetischen Potentiale erarbeitet und Eckpunkte für einen bürgerrechtlichen Umgang mit den Möglichkeiten der Gentechnik aufgestellt. Dieser Diskussionsstand soll für einen Antrag an die Delegiertenkonferenz der HU zusammengefasst werden.
- Für den 9. September bereitet der Landesverband einen **Stand zum Tag der Erinnerung und Mahnung** vor. Dieses Jahr wollen wir unsere Beteiligung am Bündnis gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft sowie die Forderungen an den neuen Berliner Senat in den Mittelpunkt stellen.
- Am 19. September startet der Berliner Landesverband zusammen mit der *Internationalen Liga für Menschenrechte* einen **Volkshochschulkurs zu Bürger- und Menschenrechten im 21. Jahrhundert**. (siehe unten)

- Zu aktuellen Diskussionen und zur Vorbereitung der nächsten Veranstaltungen laden wir alle Mitglieder und Interessierten zu unseren öffentlichen Vorstandssitzungen ein. Die Sitzungen finden alle zwei Wochen donnerstags um 18.30 Uhr statt. Für die nächsten Termine und weitere Nachfragen bitte an die Landesgeschäftsstelle im *Haus der Demokratie und Menschenrechte* wenden. Die Landesgeschäftsstelle ist direkt erreichbar dienstags 9 bis 14 Uhr und donnerstags 16 bis 20 Uhr.

Volkshochschulkurs-Kurs

„Bürger- und Menschenrechte im 21. Jahrhundert“

Internationale Liga der Menschenrechte / HUMANISTISCHE UNION Berlin
ab 19.09. 2001 jeweils mittwochs 18.30 bis 20.00 Uhr

Ort: Raum der *Internationalen Liga für Menschenrechte*,
2. Hinterhof rechts, 1. Etage links, im *Haus der Demokratie und Menschenrechte*, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Verbindungen: ab Alexanderplatz Tram 2, 3, 4 Haltestellen

„Am Friedrichshain“ oder Bus 200, 257 „Am Märchenbrunnen“

Moderation: Wahied Wahdat-Hagh

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen Menschenrechte einen universellen Bezugsrahmen für die Bewertung staatlichen Handelns dar. Unter Verweis auf die Menschenrechte fordern die *Internationale Liga für Menschenrechte* und die HUMANISTISCHE UNION die Einhaltung und den Ausbau von Rechten ein. Vor dem Hintergrund der Globalisierung sind dabei die Grenzen zwischen international etablierten Menschenrechten und den grundgesetzlichen Bürgerrechten durchlässiger geworden. In dieser gemeinsamen Seminarreihe behandeln Expertinnen und Experten beider Organisationen aktuelle Themen der Menschen- und Bürgerrechtsarbeit und diskutieren über neue Entwicklungen und Herausforderungen.

19. September Menschen- und Bürgerrechte

Bedeutung von Menschen- und Bürgerrechten: Unterschiede, Grenzen und Möglichkeiten

Wahied Wahdat-Hagh, Roland Otte

26. September Menschenrechte und Moderne

Universale Menschenrechte und der „Dialog der Kulturen“ in einer globalisierten Welt

Aliyeh Yegane Arani

10. Oktober Behinderte Menschen in Berlin

Selbstbestimmtes Leben, Anspruch und Wirklichkeit

Bärbel Reichelt

17. Oktober Sintj und Roma

Menschenrechte von Minderheiten und Bundesdeutscher Alltag

Ralf Heinemann

24. Oktober Frauenrechte

Hintergründe und Aktualität der internationalen Debatte um Menschenrechte von Frauen

Birgit Erbe

31. Oktober Demonstrationsfreiheit

Stellenwert des Versammlungsrechts - Einschränkungen zum Schutz vor Neofaschismus?

Martina Kutcha

Fortsetzung auf Seite 92

Fortsetzung von Seite 91

07. November **Datenschutz**

Digitale Überwachung in der Informationsgesellschaft: Neue Herausforderungen für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
Nils Leopold

14. November **Ausländer- und Asylrecht**

Sondergesetze für Nicht-Deutsche und Abschottungstendenzen gegenüber Flüchtlingen
Katharina Ahrendts, Constanze Oehlich

21. November **Rechte der Völker?**

Kollektive versus individuelle Menschenrechte aus der Sicht der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)
Jonas Endrias

28. November **Religiöser Totalitarismus**

Religiös legitimierte Aufhebung von Menschen- und Bürgerrechten am Beispiel Iran
Wahied Wahdat-Hagh

05. Dezember **Bürgerrechtliche Verbandsarbeit**

Arbeitsweise und Funktionen von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen: Theoretische Perspektiven und Praxis
Tobias Baur

12. Dezember **Forum Menschenrechte**

Zusammenarbeit von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen
Ingeborg Rürup

- Nähere Programm-Informationen und Anmeldungen:
(Adresse siehe oben).

BILDUNGSWERK DER HU NRW E.V.

*Bildungswerk der HUMANISTISCHEN UNION NRW,
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen,
Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05,
e-mail: buero@hu-bildungswerk.de
web: <http://hu-bildungswerk.de>*

- Internet-Angebot: Informationen aus dem Bildungswerk der HU NRW sind unter der neuen Adresse www.hu-bildungswerk.de zu finden: Auszüge aus dem Veranstaltungsangebot, Hinweise auf Publikationen und laufende Rechercheprojekte, ein Online-Archiv mit Berichten und Referaten, Links zu politischer Bildung, Bildungsurlaub u.v.m. Die E-Mail-Adresse lautet jetzt: buero@hu-bildungswerk.de
- Veranstaltungsangebote 2001:
Auf Anfrage senden wir gerne das neue Halbjahresprogramm zu.
**Einladung zu einer Wochenendtagung
NS-Aufarbeitung zwischen Justiz, politischer Öffentlichkeit und innerdeutscher Konfrontation in den 60er Jahren
Forum Zeitgeschichte 2001**
vom 17. bis 18. November 2001 in Schwerte/Ruhr
Zum dritten Mal bieten wir ein Diskussionsforum zur Geschichte der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren an. Erneut wollen wir dem

Zusammenhang von NS-Aufarbeitung und Veränderung der politischen Kultur in der Bundesrepublik nachgehen. Diesmal behandeln wir innerdeutsche Konkurrenzen und gegenseitige Einflüsse in der Frage der (justiziellen) Behandlung von NS-Tätern; außerdem werden wir die damaligen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung auf die inhärenten Interpretationen der NS-Geschichte hin befragen. Schließlich und nicht zuletzt geht es um die Bedeutung des damals neuen Mediums Fernsehen und kritischer Öffentlichkeiten für die beginnende Demokratisierung der Bundesrepublik.

Geplantes Programm:

Samstag, 17. November 2001

14.30 Uhr: Begrüßung und Einführung

15.15 bis 16.45 Uhr: Prof. Axel Schildt

(Forschungsstelle Zeitgeschichte in Hamburg, Universität Hamburg):

Kritische Öffentlichkeit und NS-Aufarbeitung. Aufbrüche und Widerstände in den 60er Jahren (Vortrag und Diskussion)

17.00 bis 18.15 Uhr: Claudia Fröhlich M.A.

(Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin): **Fritz Bauer: Akteur zwischen Justiz und Politik** (Vortrag und Diskussion)

19.30 bis 21.00 Uhr: Prof. (em.) Jürgen Seifert

(Universität Hannover): **Kein neues Ermächtigungsgesetz!** Über die historischen Argumente in der Notstandsdebatte der 60er Jahre (Gespräch mit einem Experten und Zeitzeugen - Seifert engagierte sich von 1962 bis 1968, auch an der Seite der Gewerkschaften, in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze)

Sonntag, 18. November 2001

9.30 bis 11.00 Uhr: Annette Weinke M.A.

(Universität Potsdam): **Vergangenheitsbewältigung und Staatsräson.** Auseinandersetzungen zwischen BRD und DDR über den Umgang mit NS-Tätern 1957 bis 1969 (Vortrag und Diskussion)

11.00 bis 12.30 Uhr: Georg Wamhof

Im Interesse des Ansehens unserer Republik. Die DDR-Nebenklage im Essener KZ Dora-Prozess (1967 bis 1970) (Vortrag und Diskussion)

13.30 bis 15.00 Uhr: Christoph Classen M.A.

(Zentrum für zeitgeschichtliche Forschung Potsdam): **Neues Medium - neue Öffentlichkeit?** Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit im bundesrepublikanischen Fernsehen der 60er Jahre (Vortrag und Diskussion)

Samstag und Sonntag, 17. und 18. November 2001

Haus Villigst, Schwerte (bei Dortmund)

Teilnahmegebühr: 120 DM (Student/Inetn/Arbeitslose: 80 DM)

Anmeldung und weitere Information:

(Adresse siehe oben).

Werkstatt „Geschichtsarbeit und historisch-politisches Lernen zum Nationalsozialismus“

22. bis 24. November 2001 in Münster

Diese Veranstaltung wendet sich, im Jahr 2001 zum vierten Mal, an Lehrerinnen und Lehrer, Erwachsenenbildner, Archivare und Stadt-historiker, MitarbeiterInnen von Gedenkstätten, Geschichtswerkstätten und Geschichtsvereinen. Im Mittelpunkt der Tagung stehen Workshops, in denen praktische Fragen und

Fortsetzung auf Seite 93

HU-Nachrichten

Fortsetzung von Seite 92

konkrete Verfahren vorgestellt, überprüft und diskutiert werden sollen. Sie zielen unter anderem auf einen Erfahrungsaustausch zwischen Institutionen und MultiplikatorInnen, die Reflexion pädagogischer Arbeit und eine stärkere Vernetzung all der Einrichtungen, die lokal und regional mit Geschichtsarbeit zum Nationalsozialismus befaßt sind. Außerdem werden wiederum Probleme der Erinnerungskultur der Bundesrepublik diskutiert und neuere historische Forschungen vorgestellt.

Donnerstag, 22. November 2001

16.00 Uhr Anreise, Eröffnung

16.30 Uhr Führung durch das Haus und die Ausstellung

(Dr. Alfons Kenkmann, Christoph Spieker)

20.00 Uhr Die Gegenwart der Vergangenheit.

Über historische Argumente in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - Vortrag von Prof. Klaus Bergmann (Universität Gießen)

Freitag, 23. November 2001

9.00 Uhr Vorstellung der Arbeitsgruppen/ Workshops

10.00 bis 12.30 Uhr Arbeitsgruppen

(A) NS-Geschichte im Fernsehen: am Beispiel der Dokumentationen von Guido Knopp - mit Dr. habil. Peter Zimmermann (Wissenschaftlicher Leiter Haus des Dokumentarfilms, Stuttgart), Paul Ciupke (Moderation)

(B) Ausstellungen selbstgemacht: Zur Praxis und Gestaltung von Geschichtsausstellungen durch Laien - mit Jürgen Pohl (VHS Recklinghausen), Elisabeth Tillmann (Initiativkreis Kultur, Politik und Geschichte, Dortmund), Christoph Jakobowski (Mülheim) und Franz Bärenbrinker (Essen), Astrid Bergmeister (Dortmund), Susanne Abeck (Moderation)

(C) NS-Geschichte in der Grundschule: „Geschichtskoffer“ und andere Projekte - mit Vera Hanfland (Villa ten Hompel), Klaus Dietermann (Aktives Museum Südwestfalen, Siegen), Dr. Alfons Kenkmann (Moderation)

(D) Patenschaften für ehemalige ZwangsarbeiterInnen: lokale Initiativen und Erfahrungen - mit Gerhard Gericke (Förderkreis Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf/Neuss), Wolfgang Lindemeyer (IBB Münster), Dr. Gisela Schwarze (Regionalsprecherin des Vereins gegen Vergessen - Für Demokratie Westfalen), Angela Genger (Moderation)

13.30 bis 15.00 Uhr Gang über den Geschichtspfad „Täterorte in Münster“ mit Horst Wiechers

15.30 bis 16.30 Uhr Fortsetzung der Arbeitsgruppen

17.00 bis 18.00 Uhr Gedenkstättenförderung und Erinnerungspolitik des Bundes - zwei Kurzstatements von Angela Genger (AK der NS-Gedenkstätten NRW) und Dr. Hans Wupper-Lewes (Landeszentrale für politische Bildung) und Diskussion

19.30 bis 22.00 Uhr Biographisches Gespräch mit dem Publizisten Heiner Lichtenstein (Leitender Redakteur der „Tribüne“. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums) - Gesprächspartner: Jürgen Wiebicke

Samstag, 24. November 2001

9.00 bis 11.00 Uhr Neue Projekte, Werkstätten und Initiativen: Kurzvorstellungen

11.00 bis 12.30 Uhr Fragen an das Gedächtnis einer Holocaust-Überlebenden - Vortrag von Prof. Mark Roseman (Universität Southampton)

anschließend (soweit gewünscht):

Besuch der Installation von Rebecca Horn im „Zwinger“

(Änderungen des Programms bleiben vorbehalten.)

Tagungsort: Villa ten Hompel, Münster, Kaiser-Wilhelm-Ring 28

(Übernachtung: Kolpinghaus, Aegidiistraße 21)

Teilnahmegebühr: 140 DM, Studierende, Arbeitslose: 80 DM, Teilnahme ohne Übernachtung: 60 DM

Anmeldung: bitte schriftlich beim Bildungswerk der HU. Sie erhalten danach eine Anmeldebestätigung und weitere Hinweise zu Anreise etc.

Veranstalter:

Bildungswerk der HUMANISTISCHEN UNION NRW

Kronprinzenstr.15, 45128 Essen

Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW

c/o Angela Genger, Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Mühlenstr.29, 40200 Düsseldorf

Forum Geschichtskultur an Ruhr und Emscher

Kokerei Hansa, Emscheralle 11, 44369 Dortmund

in Zusammenarbeit mit der Erinnerungsstätte Villa ten Hompel

mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung NRW

- Nähere Programm-Informationen und Anmeldungen: (Adresse siehe oben).

LANDESVERBAND NRW

Landesverband NRW der HUMANISTISCHEN UNION,

Kronprinzenstr.15, 45128 Essen,

Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05

e-mail: hu.bildungswerk@cityweb.de

- Der Landesverband NRW und der Ortsverband Essen laden ein zur Vorbereitung der Delegierten-Konferenz und zur Diskussion aktueller Entwicklungen, und zwar am Montag, 3. 9. 2001, 18.30 Uhr in den Räumen des Bildungswerks der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15. Weitere Themen und Interessierte sind herzlich willkommen. Auskünfte über den Landesvorstand (Ursula Tjaden, Helge Klawitter, Dietrich Schade, Paul Ciupke), erreichbar über das Bildungswerk der HU NRW (s.o.)
- die Arbeitsgruppen im nordrhein-westfälischen Landesverband der HUMANISTISCHEN UNION (Interessierte sind willkommen!):
Arbeitskreis „Staat und Kirchen“
Der „Arbeitskreis Staat und Kirchen“ beschäftigt sich schon länger mit dem Schulfach „Praktische Philosophie“ und demnächst mit dem Islamunterricht in NRW. Kontakt über Ulrich Gehl, Tel. und Fax: 0234-287 82 07 oder über das Landesverbands-Büro (Adresse siehe oben).
Arbeitskreis „Kommunale Beteiligung“
Der Arbeitskreis „Kommunale Beteiligung“ wurde angeregt durch die Delegiertenkonferenz 1999 und diskutiert neue Formen kommunaler Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten.
- Weitere Informationen und Kontakt - auch für Interessierte aus anderen Bundesländern (Adresse siehe oben).

HUMANISTISCHE
emanzipatorisch - radikaldemokratisch - unabhängig
UNION

ESSEN

Büro Essen der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Heidi Behrens-Cobet, Semperstr. 3, 45138 Essen,
Telefon: 0201/26 33 44 oder
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen

- Gemeinsames Treffen mit dem Landesverband NRW (zu den Themen siehe dort) am Montag, 3. September 2001, 18.30 Uhr in den Räumen des Bildungswerks der HUMANISTISCHEN UNION, Kronprinzenstr. 15.

DÜSSELDORF

Ortsgruppe Düsseldorf der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Hildegard Beine, Bankstraße 42, 40476 Düsseldorf,
Telefon: 0211/491 16 78 oder
c/o Reinhard Mokros, Thomas-Mann-Str. 25,
41068 Mönchengladbach, Telefon: 02161/52 104

- Die Ortsgruppe Düsseldorf der HUMANISTISCHEN UNION trifft sich an jedem zweiten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Bürgerhaus „Salzmannbau“, Himmelgeister Str. 107, 40225 Düsseldorf, Raum 106.

FRANKFURT

Ortsverband Frankfurt der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o OV-Vorsitzender Klaus Scheunemann, Telefon: 069/52 62 22

- Vorschläge zur Themenplanung sind willkommen, Termine bitte erfragen über Klaus Scheunemann.

HAMBURG

Landesverband Hamburg der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Hauke Borchert, Telefon: 040/739 51 34

- Die genauen Termine und Orte der z.Zt. alle ein bis zwei Monate stattfindenden Treffen des Landesverbandes Hamburg sind zu erfragen über Hauke Borchert (Adresse siehe oben). Um rege Beteiligung wird gebeten!

MAINZ-WIESBADEN

Ortsverband Mainz-Wiesbaden der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o OV-Vorsitzender Hans-Peter Terno,
Wallaustrasse 37, 55118 Mainz,
Telefon: 06131/61 86 26 (priv.) und 06131/146 74 53 (dienstl.)

- Informationen und Kontakte über den OV-Vorsitzenden Hans-Peter Terno, Telefon 14 67 453 (geschäftlich) und 61 86 26 (privat).

MARBURG

Ortsverband Marburg der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o Franz-Josef Hanke, Furthstr. 635037 Marburg,
Telefon: 06421/666 16
e-mail: ortsverband@bu-marburg.de
web: <http://www.bu-marburg.de>

- Der HU-Ortsverband Marburg hat sein Internet-Forum für Bürgerrechte ausgeweitet zu einer umfassenden Informations- und Austauschmöglichkeit für Freiheits- und Bürgerrechte. Die eigene Domain des HU-OV ist im Internet vertreten; unter der neuen Adresse www.bu-marburg.de, u.a. mit sämtlichen Pressemitteilungen des HU-Ortsverbands Marburg aus den Jahren 1997 bis 2000, sowie eine interne Suchfunktion nach Stichworten und ein Gästebuch für persönliche Anmerkungen, Hinweise und Kommentare. Darüber hinaus eröffnet die HU Marburg ab sofort die Möglichkeit, ihre Pressemitteilungen per e-Mail zu abonnieren. Die HU-Aktiven vom Marburger Ortsvorstand sind per E-Mail erreichbar über die oben genannten Kontaktadressen. Direkt erreichbar sind: Franz-Josef Hanke (1. Vorsitzender) über hanke@hu-marburg.de sowie Dragan Pavlovic (2. Vorsitzender) über pavlovic@hu-marburg.de. Kontakt gerne auch telefonisch über: Franz-Josef Hanke (Tel. siehe oben)
- HU-Ortsverband-Treffen:
Am letzten Dienstag jeden Monats trifft sich der OV Marburg im „Bistro Rendezvous“ in der Frankfurter Straße 2a. Alle interessierten Humanistinnen und Humanisten sind zu diesem Stammtisch herzlich eingeladen.

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Landesverband Niedersachsen
c/o Oda Cordes
Dorotheenstraße 7 / App. 624, 30419 Hannover
Tel.: 01 70 / 4 61 53 21
e-mail: oda.cordes@stud.uni-hannover.de

- Für nähere Informationen werden die niedersächsischen Mitglieder vom Interims-Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen rechtzeitig gesondert informiert. Rückfragen an Oda Cordes (Adresse siehe oben)

REGIONALVERBAND NORDBAYERN

Regionalverband Nordbayern / OV Nürnberg
c/o Irene Maria Sturm, Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf,
Telefon: 09431/42348 (Telefax: -42954), e-mail: i.sturm@sadnet.de
oder c/o Sophie Riéger, Günthersbühlerstr. 38, 90491 Nürnberg,
Telefon: 0911/59 15 24

- Für die kommende Zeit ist u.a. geplant, in Regensburg eine Veranstaltung zum Thema Überwachung, Gentests und Einschränkung bürgerlicher Freiheiten zu machen. Regensburg spielt derzeit eine Vorreiterrolle, was die Überwachung von öffentlichen Räumen betrifft. Aktualisiert wird dieses Thema *Fortsetzung auf Seite 95*

Fortsetzung von Seite 94

durch den sehr ernst zu nehmenden Bericht des Bundesdatenschutzbeauftragten. Gedacht ist an eine Diskussion mit Datenschützern, Politikern aus Bund und Land sowie Rechtswissenschaftlern. Für diese Veranstaltung wird um zweckgebundene Spenden gebeten (HUMANISTISCHE UNION, RV Bayern, Konto 27774, Bäckerbank Nürnberg, BLZ 760 903 00)

RV MÜNCHEN SÜDBAYERN

RV München - Südbayern der HUMANISTISCHEN UNION,
c/o W. Killinger, Paul-Hey-Str. 18, 82131 Gauting,
Telefon: 089/850 33 63, Telefax: 089/89 30 50 56,
e-mail: w.killinger@link-m.de

• Vorankündigung unserer nächsten Veranstaltungen:

26. August 2001, 11 Uhr, München:

Empfang der HU München zum 40 jährigen Jubiläum der HU mit dem Bundesvorsitzenden Dr. Till Müller-Heidelberg. Ansprechpartner: Wolfgang Killinger (Adresse siehe oben)

20. Oktober 2001, 14:30 - 17 Uhr, München:

„Starke Schule – Starke Bürger – Starke Demokratie – Bildungsoffensive für soziales, emotionales und weltoffenes Lernen“ mit Prof. Dr. Hartmut von Hentig, Johannes Glötzner, Wunibald Heigl u. a., Ehrengast: Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher.

Eine Veranstaltung des *Bündnis zur Erneuerung der Demokratie* mit Beteiligung des RV und in Kooperation mit der *Petra-Kelly-Stiftung*. Ansprechpartnerin: Jennifer Clayton-Chen, Telefon 089/689 43 40

Zu diesen Veranstaltungen wird noch gesondert eingeladen.

- Zur **Delegiertenkonferenz** im September 2001 in Berlin hat der RV-Vorstand drei Anträge eingereicht: Ersatz-Zweitstimme bei Parlamentswahlen, Wahlrecht verbessern: Kumulieren und Panaschieren und Staatliche Parteienfinanzierung und Demokratiestiftung. Die Texte zu den Anträgen selbst stehen auf den Seiten IV und V der DK-Beilage.

Die Veranstaltung **„Unsichere Zeugen? – Über die Zuverlässigkeit von Aussagen und Gutachten“** am 19. Juni in München war außergewöhnlich gut besucht, vor allem von RichterInnen und StaatsanwältInnen. Leider hatten die ursprünglich vorgesehenen Referenten Dr. Reiß und Nolte abgesagt. Dankenswerter Weise sind die Richter von Feilitsch und Dilm (Neue Richtervereinigung) und unser Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Ulrich Fuchs eingesprungen und haben problembewusst, offen und selbstkritisch berichtet und mit dem interessierten Publikum diskutiert. „Zeugen sind das unzuverlässigste Beweismittel, aber wenn keine anderen Beweise vorhanden sind, dann wird aufgrund von Zeugenaussagen entschieden“. Was JuristInnen schon lange wissen, ist für Laien eine neue und zum Teil schmerzliche Erkenntnis. Da die psychologisch-neurologischen Aspekte und die Zuverlässigkeit von Gutachten wegen der Absage des Psychologen kaum angesprochen wurden, kam der Wunsch nach einer Fortsetzungsveranstaltung auf. Eine ad-hoc-Gruppe unter der Leitung von Ulrich Fuchs wird eine solche für den Spätherbst vorbereiten. Ansprechpartner: RA Ulrich Fuchs, Tel. 08025/12 33.

- Am Samstag, den 14. Juli 2001 traf sich die **HU München-Südbayern zum Sommerfest** in Steinebach am Wörthsee, eine halbe Fahrstunde von München entfernt. Bei herrlichem Badewetter besetzten die HU-„Sommerfrischler“ eine lange Bierstischtafel auf der Gaststättenterrasse, von wo aus sie den freien Blick auf den See (und manchen Badegast) ge-

nießen konnten. Diejenigen, die das Einladungsschreiben genau studiert und ihre Badesachen eingepackt hatten, konnten ihre durch intellektuell anspruchsvolle Gespräche (auf bayrisch: „Ratschen“ genannt) überhitzte Psyche auch mal in den Fluten des Sees abkühlen. Ein Gewitter trieb die Gruppe in das Stüberl zu den kulturellen Überraschungen: Florian Fuchs und Johannes Glötzner mit Szenen aus „Papa, Charly hat gesagt, ...“, und nochmals Johannes Glötzner mit Geschichten „wahrlich, ich sage Euch – über Gott und die Welt und über Reich-Ranitzki“ und dem Gelingen des diesjährigen Sommerfestes konnte nichts mehr im Wege stehen!

- Die Sitzungen des RV-Vorstands finden regelmäßig einmal im Monat statt und sind vereinsöffentlich. Die nächsten Treffen sind am:
23. August 18.30 Uhr, bei Ulrich Fuchs in 83708 Kreuth, Bayerwald 9, Telefon 08029/12 35
26. September 19.00 Uhr bei Jennifer Clayton-Chen, 81349 München, Tel. 089/689 43 40.

Wir bitten um vorherige Anmeldung.

- HU-Info per E-Mail: Wir bieten an, HU-Nachrichten, die in elektronischer Form verfügbar sind, per e-mail an Mitglieder und Interessenten zu senden. Wer diesen Dienst nutzen möchte, wird gebeten, eine entsprechende Mitteilung an w.killinger@link-m.de zu senden
- Ansprechpartner: Wolfgang Killinger (Adresse siehe oben).

BILDUNGSWERK DER HU BAYERN

*Bildungswerks der HUMANISTISCHEN UNION Bayern e.V.,
c/o Johannes Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing,
Telefon: 089/854 26 09*

- Genauere Angaben zu Ort und Terminen der Treffen des Bildungswerkes der HUMANISTISCHEN UNION Bayern erfahren Sie über Johannes Glötzner (Adresse siehe oben).

Anzeige:

**Frauen riskieren
oft Kopf und Kragen
für ihre Rechte.
Riskieren Sie
einen Blick in
unsere Zeitschrift.**



**Menschenrechte
für die Frau**

Die Zeitschrift
von TERRE DES
FEMMES

Für Delegiertenkonferenz- Besuchende: Hotelzimmer buchen!

Das lange HU-Wochenende mit unserer Festveranstaltung am Freitagabend, dem 14. September und der anschließenden Delegiertenkonferenz am Samstag und Sonntag rückt näher. Neben den Delegierten sind auch interessierte Mitglieder zu beiden Anlässen herzlich eingeladen, gerne auch Kurzentschlossene. Es wird gebeten, die Zimmer umgehend zu buchen, sofern noch nicht geschehen, da die Berliner Hotels an „unserem“ Wochenende weitgehend belegt sind. Für unsere Gäste wurden Zimmer vorreserviert im zentral gelegenen Hotel Bonhoeffer-Haus (Ziegelstr. 30, 10117 Berlin, unweit des U + S Bahnhof Friedrichstraße), erreichbar unter **Telefon 030-28467-0**. Zimmer bitte dort ordern bis spätestens 31.8. unter dem Stichwort „HUMANISTISCHE UNION“. Weitere Hotels oder Pensionen vermittelt die Hotelauskunft Berlin über die Telefon-Nummer 030-25 00 25. Für Menschen mit schmalem Geldbeutel hat der Landesverband Berlin einige private Schlafplätze organisiert. Anfrage bitte an die Bundesgeschäftsstelle.

Tobias Baur

Ehrenamt

Willst Du fröh und glücklich leben
Lass kein Ehrenamt Dir geben
Willst Du nicht zu früh ins Grab
Lehne jedes Amt gleich ab.

So ein Amt bringt niemals Ehre
Denn der Klatschsucht scharfe Schere
Schneidet boshaft Dir, schnipp-schnapp
Deine Ehre vielfach ab.

Wie viel Mühe, Sorgen, Plagen
Wie viel Arger musst Du tragen
Gibst viel Geld aus, opferst Zeit
Und der Lohn? Undankbarkeit.

Selbst Dein Ruf geht Dir verloren
Wirst beschmutzt vor Tür und Toren
Und es macht ihn oberfaul
Jedes ungewasch'ne Maul.

Ohne Amt lebst Du so friedlich
Und so ruhig und gemütlich
Du sparst Kraft und Geld und Zeit
Wirst geachtet weit und breit.

Drum so rat ich Dir im Treuen
Willst Du Weib und Kind erfreuen
Soll Dein Kopf Dir nicht mehr brummen
Lass das Amt doch and'ren Dummen.

Wilhelm Busch, zitiert nach:
Deutscher Bundestag,
Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“
(Herausgeber) Handbuch 2000, Seite 83, Erschienen 2001.

Deutsche Post AG - Postvertriebsstück A 3109 F - Entgelt bezahlt
HUMANISTISCHE UNION e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

IMPRESSUM

Verlag: HUMANISTISCHE UNION e.V.
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Telefon: 030/20 45 02-56, Telefax: 030/20 45 02-57
Internet: <http://www.humanistische-union.de>
e-mail: hu@ipn-b.de

Redaktion: Tobias Baur (T.B.)
Mitarbeit: Nina Helm, Melanie Kleinert, Jan Gattnar

Diskussionsteil:
Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim

Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten
die AutorInnen; Kürzungen bleiben der Redaktion vorbehalten.

Bankverbindung:
SEB AG, Bankleitzahl: 100 101 11, Kontonummer 19 886 698

Satz: ernst. / Jan Gattnar, Berlin
Druck: Grafa Druckerei, Berlin

Erscheinungsweise der MITTEILUNGEN: vierteljährlich
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 27. Juli 2001
Redaktionsschluß nächste Ausgabe: 5. Nov. 2001

ISSN 0046-824X

Coupon – ausschneiden und/oder kopieren und weitergeben!

- Senden Sie mir mehr Informationen über die HUMANISTISCHE UNION, die älteste Bürgerrechtsorganisation Deutschlands.
 Ich möchte mich für die Bürgerrechte engagieren und Mitglied der HUMANISTISCHEN UNION werden.
 Ich unterstütze die Arbeit der HUMANISTISCHEN UNION mit einer Spende,
 Kontonummer 1988 669 800 bei der SEB AG, Bankleitzahl 100 101 11 und möchte eine Spendenquittung.

Name: _____
Anschrift: _____

Bitte einsenden an: HUMANISTISCHE UNION e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin